

WARUM SOLLEN WIR ZAHLEN?

HELMUT KIPPER
IG Metall-
VERTRAUENSMANN

Wie lange soll denn das Ver-
zichten noch weitergehen?
Seit Jahren schon schnallen wir unseren
Gürtel enger, aber das reicht den Un-
ternehmern und ihren Handlangern im-
mer noch nicht. Seit Jahren versucht
man uns einzureden, daß "maßvolle"
Lohnabschlüsse wieder den Aufschwung
bringen und neue Arbeitsplätze schaffen.
Wir haben in den letzten Jahren zähne-
knirschend zurückgesteckt, aber man
hat uns betrogen.
Die Bosse können nie genug
bekommen.
Sie haben uns auch deutlich gezeigt: Der
Verzicht auf die Beibehaltung des Real-
lohnes schafft keinen einzigen neuen Ar-
beitsplatz.

Marxismus in den 70er Jahren ... S.4,5

"Doch allein die weltweite Ent-
wicklung, die Ereignisse des
Jahres 1976 und die Aussichten
für die nächsten Monate und
Jahre zeigen, daß die Ideen des
Marxismus noch nie so brennend
aktuell waren wie gerade in der
jetzigen Zeit."

"In der Bundesrepublik selbst
markieren die Jahre seit 1970
das Ende des Aufschwungs, des
"Wirtschaftswunders" und der
Ideen von Klassenharmonie und
Sozialpartnerschaft."

Die Tarifrunde 1977 ist in der Metallin-
dustrie ungewöhnlich schnell über die
Bühne gebracht worden. Als am 27. Ja-
nuar spät abends der Schlichtungs-
spruch für Nordrhein-Westfalen von 6,9 Pro-
zent bekanntgegeben wurde, vermerk-
ten bürgerliche Journalisten erfreut, daß
die Tarifrunde zu Ende war, bevor sie
richtig angefangen hatte.

Doch noch einen Tag zuvor hatte Eugen
Loderer seine Richtlinien für die Tarif-
verhandlungen klargestellt:
"Der Umverteilungsprozeß zugunsten der
Unternehmer muß gebremst werden."
Genau dieser Meinung waren auch die ak-
tiven Kollegen in unzähligen Betrieben
der Metallindustrie. Deswegen hatten
noch mehr als im vergangenen Jahr die
Vertrauensleute in ihren Abteilungen Um-
fragen gemacht und die Lohnforderungen
der einzelnen Kollegen und Bereiche zu
einer einheitlichen Lohnforderung zusam-
mengetragen. In zahlreichen Betrieben
stellten die Vertrauensleuteversammlun-
gen so Lohnforderungen zwischen 12 und
15 Prozent auf.

Doch noch bevor die Vertrauensleute da-
ran gingen, ihre Lohnforderungen zusam-
menzutragen, gab Eugen Loderer die
"Empfehlung" ab, daß die offizielle
Forderung der IG Metall unter 10 % lie-
gen sollte.

Schließlich wurde aus der offiziellen
Forderung von 9,5 Prozent der
Abschluß von 6,9 Prozent.
Und als am Freitag morgen, 28. Januar,
die ersten Kollegen zur Frühschicht
gingen, war alles gelaufen, stand die
Gewerkschaftsmitgliedschaft vor voll-
endeten Tatsachen. Enttäuschung, Wut, Re-
signation und Ironie - so umschrieben
verschiedene Betriebsräte die Stimmung
der Belegschaften nach diesem Ab-
schluß.

Schließlich hatten schon die 5,4 % des
letzten und die 6,8 % des vorletzten Jah-
res die Reallöhne gedrückt.
Wieder einmal werden wir erfahren
müssen, daß die ausgehandelte Tarif-
erhöhung vorne und hinten nicht aus-
reicht, um unseren Lebensstandard zu
erhalten oder gar auf den Stand von vor
vier Jahren zurückzubringen.
Denn erstens ist bei den meisten Kolle-
gen der eigentliche Lohn durch über-
tarifliche Zuschläge wesentlich höher
als der Tariflohn, während jedoch nur
der Tariflohn um die 6,9 Prozent er-
höht wird.

Außerdem werden viele Kollegen jetzt
wieder durch die gestiegenen Bruttolöh-
ne in eine andere Steuerklasse komm-
en, so daß ihnen die Steuerprogression
mit einem Male mehr wegnimmt.
Die Inflationsrate geht nach offiziellen
Angaben wieder nach oben, und es ste-
hen im Bereich der Sozialabgaben und
Krankenversicherung weitere Erhöhun-
gen ins Haus.

Kein Wunder also, daß ange-
sichts dieses Ergebnisses in
den Betrieben keine Begeiste-
rung zu spüren war.

Die zahlreichen Warnstreiks hatten
doch gezeigt, daß die Kollegen bereit
waren, für die offizielle Forderung von
9,5 % kämpferisch einzutreten. Aber
weshalb wurde dann nicht die gesamte
und geballte Kampfkraft gleichzeitig in
die Waagschale geworfen, um den Bos-
sen unmißverständlich klarzumachen,
daß wir entschlossen und zäh unseren
Lebensstandard verteidigen wollen?
Im Grunde konnten die Unternehmer froh
sein, daß sie auf diese Weise noch ein-
mal so glimpflich - ohne Streik - über
die Runden kamen. Aber wie ein Tiger
erst dann richtig Appetit bekommt,
wenn man ihm einen Brocken hinwirft,
so jammerten die Vertreter der Bosse
gleich am nächsten Tag über diese
"ungeheure Belastung" und nannten das
Ergebnis "unbefriedigend". Diese Herr-
schaften können nimmer satt werden.



"TCHA, MEINE LIEBEN, WIR SITZEN ALLE IN EINEM BOOT —
UND WENN IHR NICHT SCHNELLER RUDERT, GEHEN WIR ALLE UNTER..."

Jetzt haben sie erst in den letzten zwei
oder drei Jahren auf unsere Kosten ihr
Vermögen weiter angehäuft, und immer
noch sollen wir den Gürtel noch enger
schnallen!

Als skandalös muß es auch jeder aktive
Metaller, der im Herbst die SPD ge-
wählt hat, empfinden, wenn die SPD-
Führung zur Tarifrunde absolut
schweigt und stattdessen als Sprecher
der SPD-geführten Bundesregierung
der Wirtschaftsminister Friderichs
vor die Presse tritt und ernstes Ge-
sichtes sagt, die Abschlüsse von 6,9
Prozent gingen "über das hinaus, was
die Bundesregierung für wünschens-
und erstrebenswert hält".
Aber für einen aktiven Sozialdemokra-
ten und Gewerkschafter kann einzig und
allein "wünschens- und erstrebenswert
sein, den Lebensstandard zumindest
aufrecht zu erhalten.

Nach einem so mageren Ergebnis und
angesichts weiterer Einbußen im Real-
lohn werden sich die aktiven Gewerk-
schaftskollegen auf lange Sicht nicht
damit abfinden können, daß ihnen jetzt
alles das wieder weggenommen werden
soll, was sie in den letzten 30 Jahren
durch harte Arbeit und viele Überstun-
den und einen harten und zähen Kampf
errungen haben. Sollen wir jetzt mit
schmaleren Lohntüten dafür belohnt
werden, daß wir unsere Gesundheit
aufs Spiel gesetzt und den Wohlstand
der Bosse ins Unendliche gesteigert
haben?

Die massiven Angriffe der Unternehmen
auf unseren Lebensstandard stellen uns
vor die Frage, wie wir uns dagegen
wirksam zur Wehr setzen können. Mehr
und mehr Kollegen sind so gerade in
den letzten Monaten der Gewerkschaft
beigetreten. Doch eine starke Gewerk-
schaft muß schlagkräftig sein, um die
immer größere Schläge gegen unsere
Errungenschaften erfolgreich abweh-
ren zu können. Dies setzt jedoch vor-
aus, daß die Gewerkschaft vollstän-
dig demokratisiert wird. Denn es ist
ein alter Grundsatz der Arbeiterbewe-
gung, daß zuerst demokratisch, frei
und ausgiebig diskutiert wird, und dann
nach einer gefällten Entscheidung von
allen Mitgliedern entschlossen ge-
handelt wird. Damit die Gewerkschafts-
führung immer und jederzeit energisch
und standhaft auftritt, wenn es um un-
sere Interessen geht, müssen die folgen-
den Forderungen verwirklicht werden:

- * Demokratische Aufstellung der Tarif-
forderungen und Beteiligung aller
Mitglieder an den Diskussionen.
- * Kein Funktionär darf mehr als einen
durchschnittlichen Facharbeiterlohn
verdienen.
- * Jeder Funktionär muß jederzeit demo-
kratisch abwählbar sein, wenn dies
die Basis wünscht.
- * Die Vertreter der Ortsverwaltungen
in den Tarifkommissionen müssen
sich an die Forderungen in ihrem Ort
halten.

Warum sollen wir denn immer nur op-
fern, wenn es um die Sanierung der
Rentenversicherung, um die Sanie-
rung der Krankenversicherung, um die
Sanierung des Staatshaushalts geht -
und jetzt auch noch um die Sanierung
der Unternehmensgewinne?
Der Zeitpunkt ist nicht mehr fern, wo
Zehntausende, Hunderttausende Kolle-
gen aufstehen werden und sagen werden:
"Jetzt ist das Maß voll!"
EWIG WIRD MAN UNS NICHT MEHR
SO ABSPEISEN KÖNNEN.

Der Tag wird kommen, wo wir den
Bossen die Rechnung präsentieren wer-
den. Wo wir sie zur Kasse bitten wer-
den für alles das, was sie uns in allen
diesen Jahren geraubt haben. Und wenn
sie nicht bereit sind, die Rechnung zu
begleichen, dann wird uns nichts ande-
res übrigbleiben, als die Betriebe wie
auch die ganze Wirtschaft in die eigene
Hand zu nehmen und ohne diese unnützen
und trägen Schmarotzer unsere eigene
Zukunft zu bestimmen.

NEIN ZUM LOHNVERZICHT!
EINEN AUSREICHENDEN LEBENS-
UNTERHALT FÜR ALLE!

ARTIKEL ÜBER

Arbeitslosigkeit.....	S. 2
Bafög.....	S. 2
Gewerkschaft.....	S. 3
Marxismus heute.....	S. 4, 5
Juso-Konferenzen.....	S. 6
England.....	S. 7
Kapitalistische Wirtschaftskrise.....	S. 8

VORAN

VORAN! zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung für
SPD, Juso und Gewerkschaft
Erscheint seit Dezember 1973

Redaktionsanschrift: VORAN
Hammesberger Str. 75
5630 Remscheid

Kontonummer: Postscheckamt Essen,
H.G. Öfinger, 170 20 433

Verantwortlicher Redakteur:
Hans-Gerd Öfinger

Druck: Oktoberdruck Berlin

GROSSE KOALITION?

In einem Interview mit der Bild-Zeitung (20.1.77) hat der CDU-Vorsitzende Kohl öffentlich gesagt, daß große Teile der SPD-Führung an eine große Koalition denken.

"Kohl: In der SPD gibt es aber zwei Gruppen, die von einer großen Koalition reden: die eine Gruppe, die nur darüber redet, um die FDP zu zähmen, die andere Gruppe, die im Augenblick hier in Bonn an der Macht sitzt, möchte tatsächlich die große Koalition auf lange Frist, um die innerparteiliche Lage in der SPD unter Kontrolle zu bringen. Bild: Hat bei ihnen schon jemand von der SPD vorgefühlt?"

Kohl: Ja vorgefühlt wird immer wieder von den verschiedensten Seiten. Bild: Können sie Namen nennen?
Kohl: Das können sie nicht von mir verlangen."

Bisher hat kein SPD-Sprecher oder SPD-Führer dies dementiert - also muß offensichtlich etwas Wahres dran sein. Die beiden stellvertretenden SPD-Vorsitzenden Schmidt und Koschnick haben schon im letzten Jahr gesagt, daß auch sie einmal eine große Koalition wieder für notwendig halten könnten.

Jeder Sozialdemokrat muß sich darüber im klaren sein, was CDU und CSU sind. Sie sind nichts anderes als die Massenparteien des Großkapitals - mit Massenbasis natürlich nicht unter der Kapitalistenklasse selbst, (die ist keine Masse!) sondern im Kleinbürgertum. Sie sind stabile Stützen für das Großkapital. Ohne solche starke Massenparteien wäre der Bestand der kapitalistischen "Ordnung" nicht denkbar. In Krisenzeiten reichen jedoch selbst konservative Regierungen nicht mehr aus, um den Kampf der organisierten Arbeiterbewegung gegen die Krisenlagen des Kapitals zurückzuhalten. Deshalb sind die Kapitalisten froh, wenn sich die Arbeiterführer in Krisenzeiten dazu hergeben, das schmutzige Geschäft der sozialen Demontage und der Reallohnsenkungen auszuführen.

Ein Leitartikel in der FAZ, dem Sprachrohr der Kapitalistenklasse, drei Tage nach der letzten Bundestagswahl, drückte diesen Gedanken der Kapitalisten und ihrer Strategen aus: Unter einer Reihe befragter Unternehmer sagten drei: "Die knappe Mehrheit ... halte wahrscheinlich auch die Gewerkschaften eher im Zaum. Ein CDU-Wahlsieg hätte doch mit Sicherheit zu einer echten Konfrontation mit den Gewerkschaften geführt.... Die Wahl ist im Grunde für die Unternehmer befriedigend verlaufen...."

Inzwischen wird es jedoch immer klarer, daß die Gewerkschaftsführer (alle selbst Sozialdemokraten) unter dem Druck ihrer Basis nicht mehr so ohne weiteres die Politik der Bundesregierung mittragen können. Und so kam die FAZ knappe drei Monate nach der Bundestagswahl zu einer ganz anderen Fragestellung:

"WER REGIERT EIGENTLICH DIESES LAND? DIE AUS FREIEN DEMOKRATISCHEN WAHLEN HERVORGEGANGENE REGIERUNG ODER DIE GEWERKSCHAFTEN?" (29.12.76)

Deshalb wissen weitsichtige Planer genau, das eines Tages eine große Koalition notwendig wird, um eine knallharte CDU-Politik gegen die Arbeiterbewegung durchzusetzen und dafür eine möglichst breite Massenbasis in der Arbeiterbewegung (durch SPD) zu finden.

Die einzige Alternative zu einer solchen Krisenregierung ist eine breite Mobilisierung der SPD für eine absolute Bundestagsmehrheit auf der Grundlage eines sozialistischen Programms. Sonst würden sich unsere Parteiführer nur zu etwas mißbrauchen lassen, was wir ganz und gar nicht wollen.

Laßt uns jetzt dafür kämpfen, das sich unsere Parteiführung nur auf die mobilisierte Kraft der Arbeiterbewegung und nicht auf Absprachen hinter den Kulissen verläßt.

Arbeitslosigkeit

DER DGB MUSS HANDELN!

WIR FORDERN RECHT AUF ARBEIT



Es ist inzwischen schon über zwei Jahre her, seitdem die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Ende 1974 über eine Million angewachsen ist und der

Fluch der Arbeitslosigkeit und vergeblichen Stellungssuche über Millionen von Arbeitern, Angestellten und ihren Familien lastet. Im Frühjahr 1975 gab sich Bundeskanzler Schmidt noch optimistisch, daß der Aufschwung bald kommen und die Probleme beseitigen würde. Davon war aber seither wenig zu spüren.

Im Gegenteil: wiederum liegt der Höchststand der Arbeitslosigkeit in diesem Winter bei 1,2 Millionen Erwerbslosen!

Auf seine trockene Weise hat Bundeswirtschaftsminister und Unternehmerfreund Friderichs die Aussichten für die kommenden Monate und Jahre zusammengefaßt: "Ich sage ganz offen, eine extreme Reduzierung der Arbeitslosenzahl ist nicht wahrscheinlich."

Wie ein Märchen aus guten alten Zeiten liest sich jetzt auch eine Wahlanzeige von 1972, in der Helmut Schmidt für sichere Arbeitsplätze seine Hand ins Feuer legte: "So sah 1966/67 die Rezession aus: 673.572 Arbeitslose. 343.718 Kurzarbeiter. Und Millionen von Familienvätern hatten Angst um ihre Existenz. Jeder Deutsche soll wissen, was das bedeuten würde: Eine halbe Million Arbeitslose, Existenzangst, Radikalismus. Dazu darf es nicht kommen. Sorgen Sie dafür, daß Sozialdemokraten weiterregieren. Dann bleiben Arbeitsplätze sicher..."

Bildung für alle

Sollten wir unserem Bildungsminister Rohde Glauben schenken, so befinden sich die heutigen Studenten durchaus nicht in einer so miesen Lage wie man unseren Massenmedien entnehmen kann. Rohde berichtete, daß Studenten außer Bafög auch noch andere Leistungen, wie z.B. Mietzuschuß und Krankenversicherungszuschuß erhielten. (Handelsblatt vom 1.1.77)

Zu bedenken sei aber, daß die Lebenshaltungskosten jährlich steigen. Jeder 5. Student hat nur noch die Chance, eine billige Wohnung zu bekommen. 28% zahlen über DM 170,- -Miete und der Betrag für Fahrkosten zur Universität beläuft sich auf 60,- DM. Besonders schwierig wird die Lage für viele Bafög-Empfänger, bei denen sich das Gehalt der Eltern um einige DM erhöht. Aufgrund der Bonner Sparmaßnahmen wurden alleine im November 1976 für 200.000 Studenten die Bafög-Förderungen gekürzt. Die hohe Zahl der Arbeitslosen hat zur Folge, daß Studenten auch keine Ferienjobs bekommen. Jeder 3., der im letzten Jahr seine Geldbörse aufbessern wollte, bekam keinen Job.

Bei der Berechnung der Bafög-Anhebung ging die Bundesregierung von der Steigerung der Lebenshaltungskosten seit der Bafög-Erhöhung im Jahre 1974 und von der Steigerung des Einkommens aus. Danach beabsichtigt die Bundesregierung eine Bafög-Erhöhung des Höchstsatzes von 500,- DM auf 570,- DM sowie eine Erhöhung der Freibeträge beim Eltern-Einkommen von 960,- DM auf 1.100,- DM.

Demgegenüber steht die Forderung des Beirats für Ausbildungsförderung beim Bundesministerium, der sich für eine Erhöhung ab 1.1.77 um 22%, also über 600,- DM und für die Anhebung des Freibetrages um 19,4%, also auf über 1.200,- DM, ausspricht

Noch weiter geht das Deutsche Studentenwerk in seiner Forderung nach Erhöhung des Bafög-Satzes. Nach Berechnung

"SCHON 1,25 MILLIONEN OHNE ARBEIT - DER HÖHEPUNKT STEHT NOCH BEVOR", meldete die WELT am 4.2.1977.

Im Januar ist die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik wieder um 14,6% auf 1,248 Millionen angestiegen. Dies entspricht einer Zunahme von 4,8 auf 5,5 Prozent.

Nach offiziellen Angaben betrug die Jugendarbeitslosigkeit im Januar über 110.000.

IRIS CIRKEL

Kein bürgerlicher Experte geht heute mehr davon aus, daß die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik niemals wieder wesentlich unter eine Million absinken wird.

Allein von Oktober 74 bis Oktober 75 sind 550.000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Seither ist diese Entwicklung weitergegangen. Hunderttausende von Arbeitsplätzen werden in den nächsten Jahren durch Rationalisierung und Einsparung verschwinden. Die starken

Jahrgänge von Jugendlichen die in den nächsten Jahren Arbeits- und Ausbildungsplätze suchen werden, werden in aller Schärfe spüren, was ihnen diese kapitalistische Wirtschaftsordnung noch anzubieten hat. Auch der "SPIEGEL" kam zu der Schlussfolgerung: "DIE WERKFÄHIGEN GLIEDER DER GESELLSCHAFT WERDEN AUCH IN DEN NÄCHSTEN JAHREN ZWEI KLASSEN BILDEN, DIE EINEN HABEN ARBEIT, DIE ANDEREN SUCHEN ARBEIT!"

Die Kapitalistenklasse und ihre Presse sind gezwungen, ihre Ohnmacht offen zuzugeben. Die Frankfurter Allgemeine legte am 27.1.77 ein scheinbar einfaches Patentrezept auf den Tisch:

"Bei ihrer starken Stellung in der Weltwirtschaft hat es jedoch die Bundesrepublik zu einem nicht geringen Teil selbst in der Hand, wie schlecht oder wie gut die Konjunktur in ihren Partnerländern läuft. Ein wichtiger Schlüssel liegt im eigenen Import, dessen Erlöse bei unseren Handelspartnern kaufkräftige Nachfrage nach deutschen Exportgütern bedeuten."

Also sollen wir mehr im Ausland kaufen, damit das Ausland mehr bei uns kaufen kann!!! Und dieser Vorschlag kommt gerade aus der Ecke, die ständig zu Konsumverzicht und Maßhalten aufruft, in der Bundesrepublik wie auch im Ausland. Deutlicher könnte der Bankrott und die Ausweglosigkeit der bürgerlichen Wirtschaftsaussichten nicht ausgedrückt werden.

Die Arbeiterbewegung kann sich mit solchen trüben Aussichten jedoch nicht zufriedengeben. Die Mitglieder von Gewerkschaften und SPD sind unruhiger geworden und erwarten von ihrer Führung eine Antwort auf diese brennenden Probleme. Und so ist in der letzten Zeit verstärkt die Diskussion über ein klares Aktionsprogramm zur endgültigen und gründlichen Beseitigung der Arbeitslosigkeit aufgeflammt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lutz hatte bereits vor einigen Monaten die Frage der Arbeitszeitverkürzung in die Diskussion gebracht. Der DGB-Vorsitzende Vetter hat nun den Vorschlag gemacht, man solle die Arbeitszeit verkürzen, allerdings ohne Lohnausgleich.

Dieser Vorschlag würde jedoch nur darauf hinauslaufen, daß die Lasten und Opfer der kapitalistischen Krise "gerecht" und "solidarisch" auf alle Arbeiter und Angestellten aufgeteilt werden. Dementsprechend haben auch eine Reihe von Gewerkschaftsfunktionären klargestellt, daß für sie eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich nicht in Frage kommen kann. Es kann für die Arbeiterbewegung nicht darum gehen, den Lebensstandard zu senken, nur weil das Kapital in Schwierigkeiten gekommen ist. Darum ist die einzige annehmbare Forderung:

FÜR DIE 35-STUNDEN WOCHE BEI VOLLEM LOHNAUSGLEICH! Diese Forderung ist bereits im Aktionsprogramm der Deutschen Postgewerkschaft enthalten und muß jetzt die Forderung aller Gewerkschaften, die Forderung des gesamten DGB werden. Wenn uns die Kapitalisten nicht voll beschäftigen können, dann soll die vorhandene Arbeit gleichmäßig auf alle verteilt werden bei voller Weiterzahlung des bisherigen Lohns. Denn schließlich ist diese Krise die Krise der Kapitalisten und nicht unsere. Darum sollen jetzt die Kapitalisten die Suppe auslöffeln, die sie immer uns einzubrocken versuchen.

SCHILLER



Die meisten werden sich noch daran erinnern, daß Wirtschaftsprofessor Karl Schiller eine abwechslungsreiche politische Laufbahn hinter sich hat. Das ehemalige NSDAP-Mitglied trat nach dem Kriege in die SPD ein, "arbeitete" sich hoch bis zum Wirtschafts- und Finanzminister und verließ im Bundestagswahlkampf 1977 die Partei, um gemeinsam mit Ludwig Erhard für die CDU Stimmen zu sammeln. In der Zwischenzeit hat sich Schiller als Berater des Presseazaren Axel Springer und Saudi-Arabiens für den Kapitalismus verdient gemacht. Nun scheint dieser Herr wieder Annäherungsversuche an die SPD zu machen. Auf Vermittlung der Hamburger SPD hielt er vor der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Gesellschaft einen Vortrag, in dem er die Wirtschaftspolitik der Regierung Schmidt lobte. Bisher hat die SPD-Führung weder bestätigt noch dementiert, daß Schiller wieder in die Partei eingetreten ist. Solche Personen wie Schiller haben in einer Partei nichts zu suchen, die aus der deutschen Arbeiterbewegung hervorgegangen ist und in deren Grundsatzzprogramm es heißt:

"Die Vorrechte der herrschenden Klasse zu beseitigen und allen Menschen Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand zu bringen - das war und das ist der Sinn des Sozialismus...."

...Auf deutschem Boden sammeln sich die Sozialisten in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands..."

Schiller war noch nie ein Freund der Arbeiterbewegung oder ein Sozialist. Wenn er die Wirtschaftspolitik Helmut Schmidts lobt, kann dies nichts gutes heißen. Die SPD braucht nicht das Lob solcher "honoriger" Männer, sondern das Lob von Millionen Arbeitern, Angestellten, Rentnern und Jugendlichen. Schillers lobende Worte bedeuten letzten Endes nur eine Enttäuschung breiter Anhängerstichten, Demoralisierung und noch viel katastrophalere Wahlniederlagen für die SPD.

Loonie Fichte, Studentin
(SPD-OV Remscheid - West)

VORAN - INTERVIEW MIT HANS-JÜRGEN FASS, BETRIEBSRATSGLIED EINES REMSCHEIDER AUTOMOBILZULIEFERERBETRIEBES, MITGLIED DER IG METALL UND DER SPD.

VORAN: Was ist dein Eindruck von der Stimmung unter den Kollegen während der Tarifrunde?

Hans-Jürgen: In letzter Zeit haben mich einige Angestellte um Aufnahmescheine für die Gewerkschaft gebeten. Erst heute kam wieder eine Kollegin zu mir, die eintreten wollte. Ich sehe zwei Gründe dafür: 1. Wir stehen in den Tarifverhandlungen. 2. Die Angestellten sehen zunehmend, daß auch sie von Rationalisierungen, EDV und Einsparungen bedroht sind. Der letzte DGB Kongress hat beschlossen, daß die Gewerkschaften mehr Aktionen im Hinblick auf Angestellte machen und Material für sie herausgeben sollen. Mehr und mehr Angestellte erkennen die Wichtigkeit einer gemeinsamen Organisation in Gewerkschaften.

VORAN: Was für Erfahrungen hat die Belegschaft in Eurem Betrieb in der Tarifrunde 1976 gemacht?

HJF: '76 fand bei uns in der Schlußphase der Verhandlungen eine ca. 20minütige Protestkundgebung statt. Das Ergebnis war, daß die Geschäftsleitung an den Gesamtmetallverband ein Telegramm schickte, sie sollten die Verhandlungen beschleunigen. In Remscheid gab es 1976 einige "Warnstreiks". Bei uns war dies der erste seit Bestehen der Firma.

VORAN: Wie erklärst Du Dir, daß die Forderungen der Verhandlungsführung der IG Metall immer unter den Forderungen der Basis liegen?

HJF: Der Weg bis zur Aufstellung einer zentralen Forderung geht über viele Tarifkommissionen, und da bleiben mitunter einige Prozente auf der Strecke. So gibt es nach dem Ende der Tarifrunden auch immer heiße Diskussionen über das Ergeb-

nis. Die Aufstellung der offiziellen Forderung wird vermutlich auch von den Ansichten der bürgerlichen Wirtschaftsgüter und den "5 Weisen" beeinflusst. Es müßte die entscheidende Frage sein, was wir wollen und brauchen, um unseren Lebensstandard zu steigern. Außerdem: Ich persönlich wäre für eine feste DM-Forderung für alle! Denn seit Jahrzehnten ist durch Prozenthöhungen die Schere zwischen niedrigen und höheren Einkommen immer weiter auseinander gegangen. Dies sollte geändert werden. Eine DM-Forderung sollte aber auch so angesetzt sein, daß die Höherverdienenden keinen Rückschritt machen. Dadurch könnte man mehr Gerechtigkeit zwischen den einzelnen Lohn- und Gehaltsgruppen erreichen.

VORAN: Die Arbeitslosigkeit wird in den nächsten Jahren ein Problem bleiben. Was sollten nach Deiner Meinung die Gewerkschaften in dieser Hinsicht tun, um diese brennende Frage wirkungsvoll anzupacken?

HJF: Die Einzelgewerkschaften sowie der DGB müßten in dieser Frage noch mehr mit den Gewerkschaften anderer Länder zusammenarbeiten. Die Kollegen Vetter und Loderer haben auf einigen internationalen Konferenzen hierfür gute Ansätze aufgezeigt, nur: Es müssen mehr Taten folgen! Die in die Diskussion gebrachte Forderung nach einer allgemeinen 35-Stunden-Woche könnte eine Forderung für den nächsten Tarifabschluß sein. In Zukunft müssen wir uns auch überlegen, ob es erforderlich wird, einen Arbeitsplatz mit 2 Leuten zu besetzen.

VORAN: Heißt das, daß man allgemein fordern sollte, daß die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt werden muß bzw. die Arbeitszeit entsprechend gesenkt werden sollte - natürlich bei vollem Lohnausgleich?

HJF: Genau! Aber das führt dann unweigerlich an die Grenzen des Systems unserer marktwirtschaftlichen "Ordnung"! Diese Überlegungen werden auch in den Gewerkschaften diskutiert und vermutlich im neuen Aktionsprogramm Platz finden. Auf einem Gewerkschaftsseminar haben wir die-

ist, die konsequent die Arbeiterinteressen vertreten soll. Die Gewerkschaftsführung sollte sich nicht so sehr auf Gespräche einlassen, sie sollte sich auch nicht von der Regierung einlullen lassen; denn sonst könnten viele Arbeiter eines Tages aus der Gewerkschaft austreten. Wir müssen die richtigen Leute in die Ämter rein bringen, die nicht nach weit überdurchschnittlichen Löhnen streben, sondern mit den Kollegen an der Maschine und im Büro verbunden sind. Der Weg der Abwählbarkeit müßte viel einfacher und schneller gehen, damit das Bewußtsein bei ihnen vorhanden bleibt. Die Gewerkschaften sind viel zu sehr bürokratisiert, wie etwa ein Versicherungsverein.

VORAN: Meinst du auch, daß die Gewerkschaft für einen Mindestlohn für alle eintreten sollte?

RW: Die Gewerkschaft sollte Druck ausüben, damit die unteren Lohngruppen abgeschafft werden, denn diese sind nur von den Unternehmern geschaffen worden, um Nutzen aus der Arbeitskraft zu ziehen.

VORAN: Wie sollten nach Deiner Meinung die Gewerkschaften gegen die Arbeitslosigkeit kämpfen?

RW: Es muß dafür gesorgt werden, daß die Arbeitermasse auf die Straße geht und für ihre Sache zu kämpfen versteht.

VORAN: Was erwartest Du als SPD-Mitglied von der Partei?

RW: Ich erwarte, daß in der SPD die Arbeitnehmerinteressen vertreten werden und daß sich die SPD wieder darauf besinnt, daß sie aus dem Arbeiterstand hervorgegangen ist. Sie darf nicht wieder als Steigbügelhalter benutzt werden, um wieder so etwas wie 1933 passieren zu lassen, denn das war das schlimmste Kapitel. Leider ist es so, daß in der SPD-Führung die linken Kräfte durch konservative und rechtslastige Leute ersetzt wurden. Die SPD hat Stimmen verloren, weil sie sich von der FDP zuviel aufdrängen ließ. Viele Reformen sind im Sande verlaufen.

VORAN: Was hältst Du von unserer Zeitung?

RW: Bei uns in der BRD ist die Presse in den Händen von einigen wenigen Leuten. Ich bin froh, daß jetzt eine Zeitung aufkommt, die die Sachen anders beleuchtet, und zwar aus unserem Blickwinkel, die auch versucht, das Bewußtsein der Bevölkerung in die für uns richtige sozialistische Richtung zu lenken. Denn was die jetzige SPD-Führung unter dem Namen unter dem Namen Sozialismus betreibt, ist Augenschweierei.

VORAN: Wie war in Deinem Betrieb die Reaktion auf VORAN?

RW: Die Zeitung wurde in verschiedenen Abteilungen herumgereicht. Sie wird hauptsächlich unter den Vertrauensleuten diskutiert. Der aktive Teil der Vertrauensleute begrüßt diese Art von Zeitung. VORAN! müßte noch mehr in Arbeitskämpfen mitwirken und noch stärker auftreten, etwa auch durch Flugblätter frühmorgens vor den Betrieben.

se Frage einmal sehr intensiv behandelt. Wir kamen zu dem Ergebnis, daß das System der "sozialen" Marktwirtschaft unsere Ziele und Vorstellungen nicht erfüllen kann und haben versucht, eine Antwort zu finden. In dieser Wirtschaftsordnung, wie wir sie jetzt haben, können wir die Arbeitslosigkeit nicht abschaffen, auch nicht mit dem neuen Mitbestimmungsgesetz. Wir sind an den Grenzen des Systems angelangt. Die Konjunkturzyklen werden immer kleiner. Deshalb sollten wir nicht nur die Marktwirtschaft "infragestellen", sondern auch sagen, daß wir sie überwinden müssen.

Eine Marktwirtschaft, in der sich nicht mehr alles nach den alten Erhard'schen Vorstellungen (siehe Wirtschaftswunder), im freien Spiel der Kräfte von selbst regelt, und in die man im Laufe der Jahre Lenkungsmechanismen eingebaut hat, sollte nicht weiter künstlich über Wasser gehalten werden. Sie muß abgelöst werden durch eine Wirtschaftsform, die man trotz Anrüchigkeit ruhig Planwirtschaft nennen sollte.

VORAN: Würdest Du auch mit uns fordern, daß die Gewerkschafts- und SPD-Führung gerade diese Forderungen in die Öffentlichkeit bringen und überzeugend dafür mobilisieren sollte?

HJF: Ja, aber das genügt nicht. Wir alle müssen aktiver und selbstbewußter in den Gewerkschafts- und möglichst auch in den Parteigremien mitarbeiten. Besonders die vielen passiven Mitglieder müssen wir für diese "Arbeit" gewinnen.

VORAN: Was erwartest Du als SPD-Mitglied von der Partei?

HJF: Ich sage ganz klar, daß ich nicht deswegen SPD-Mitglied bin, weil mir der Kanzler Schmidt gefällt. Die SPD wird jedoch von der größten Zahl der Arbeitnehmer gewählt, deshalb erwarte ich von der Partei eine Arbeitnehmer-orientierte Politik. Auch die Jusos müssen über die Kommunalpolitik hinaus blicken und sich noch mehr an den Betrieben und Gewerkschaften orientieren. Meine bisherige Erfahrung in Remscheid ist die, daß bei den Jusos keine klare Zielrichtung erkennbar ist.

Kampfstimmung in Kölner Betrieben

Je mehr sich in der letzten Zeit gezeigt hat, daß sich die Wirtschafts- und Beschäftigungslage für die Arbeitnehmer verschlechtert hat, umso kämpferischer ist auch die Stimmung unter den Kollegen geworden.

Bei einem Treffen von Vertrauensleuten der IG-Metall aus Klein- und Mittelbetrieben in Januar hielt der zweite Bevollmächtigte der IG-Metall in Köln ein Referat über die Tarifrunde. Es wurde dabei die Möglichkeit von Kampfmaßnahmen klargemacht, falls die Unternehmer hartnäckig auf ihrer Linie bleiben sollten.

In der nachfolgenden Diskussion wurden die Opfer, die die Arbeitnehmer in den letzten Jahren gebracht haben und die Unmöglichkeit einer Fortsetzung dieser Politik betont. Da ein Streik für möglich gehalten wurde, wollten die Kollegen konsequent über ihr Vorgehen und ihre Handlungen in einer solchen Situation diskutieren.

Diese veränderte Stimmung und wachsende Kampfbereitschaft kam bei einer DGB-Angestellten-Veranstaltung zum Problem Rationalisierung zum Ausdruck. Ein Referat über dieses Thema erklärte wie, in den letzten Jahren die Tendenz zur Rationalisierung im Angestelltenbereich enorm gestiegen ist. Rationalisierung aber - d. h. der Ersatz von Arbeitskräften durch Computer Rechenmaschinen und dergleichen - heißt im Kapitalismus nicht eine "Humanisierung des Arbeitsplatzes" oder Verkürzung des Arbeitstages, sondern ist eine Methode, Kosten zu sparen, durch die Vernichtung von Arbeitsplätzen. Besonders in diesem Bereich wird der krasse Widerspruch des Systems aufgezeigt - auf der einen Seite die enormen Fortschritte in der Technik und Naturwissenschaft, die eine sofortige Verkürzung des Arbeitstages, die Erhöhung des Lebensstandards und das Ende aller Armut ermöglichen könnten, wenn sie im Rahmen einer geplanten, sozialistischen Wirtschaft eingesetzt wären. Auf der anderen Seite sehen wir wie gerade diese Fortschritte in der Krise des Kapitalismus benützt werden, um das Elend zu vergrößern!

Aus der Diskussion ist klar geworden, daß auch unter den Angestellten die Stimmung in letzter Zeit kämpferischer geworden ist. Solange es die Gewerkschaftsführung aber versäumt, die Frage der Rationalisierungen direkt mit der Frage einer sozialistischen Planwirtschaft zu verbinden, muß zwangsläufig eine Verwirrung unter den Kollegen herrschen.

Einige Kollegen machten klar, daß man eigentlich gegen Rationalisierung sein müßte, solange dadurch Arbeitsplätze bedroht werden. Andere Kollegen wiesen jedoch darauf hin, daß die Unternehmen wegen der verschärften Konkurrenz und fallender Profitraten zu Rationalisierungen gezwungen sind, um nicht den ganzen Betrieb mit allen Arbeitsplätzen aufs Spiel zu setzen. Die allgemeine Stimmung war aber die, daß man nicht gegen die Rationalisierung als solche war, sondern nur dagegen, daß die Vorteile in die Taschen der Unternehmer fließen.

Diese Diskussion zeigte klar, daß in dieser Situation die einzigen treffenden Forderungen solche sein können, die für die Verteilung der Vorteile der Rationalisierung zugunsten der Arbeitnehmer sind. D. h., wir müssen fordern:

- KEINE ENTLASSUNGEN
- VERTEILUNG DER ARBEIT AUF ALLE VORHANDENEN KRÄFTE
- ENTSPRECHENDE VERKÜRZUNG DES ARBEITSTAGES MIT VOLLEM LOHNAUSGLEICH

Gleichzeitig müssen wir aber die Notwendigkeit einer demokratisch geplanten sozialistischen Wirtschaft erklären, denn solange der Kapitalismus besteht, werden alle technischen Fortschritte von den Unternehmern GEGEN die Interessen der Arbeitnehmer ausgenützt.

Die Stimmung unter den Kollegen hat sich im Laufe des letzten Jahres stark verändert. Was jetzt gefordert wird, ist Handeln statt bloß Reden. In der Tarifrunde, in der Frage der Rationalisierung, in allen Bereichen muß die Gewerkschaft die Interessen der Arbeiter und Angestellten konsequent vertreten. Es ist kein Argument zu sagen, daß die Unternehmer hohe Forderungen nicht mehr leisten können. Wohin sind denn all die ungeheuren Profite der goldenen Jahre des Aufschwungs geflossen? Wir fordern, daß die Unternehmer uns die Geschäftsbücher offenlegen. Wenn es tatsächlich stimmt, daß die Firma in Schwierigkeiten geraten ist, muß sie vom Staat übernommen werden, unter demokratischer Arbeiterkontrolle und Verwaltung.

VON HEINZ THIELMANN
IG-METALL VERTRAUENSMANN
KÖLN

ZU VIELE STREIKS

Leonid Breschnew, seines Zeichens Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, bekennt sich auf Parteikongressen, Maifesten und internationalen Zusammenkünften mit den Führern der "sozialistischen Brüderländer" immer gerne zum "proletarischen Internationalismus". Dabei blieb er bisher meistens ziemlich allgemein, außer daß er eben damit wohl meint, daß alle anderen Kommunistischen Parteien nach seiner Pfeife tanzen sollen. Jetzt hat er, im Gegensatz zu seiner Theorie von der "Nichteinmischung in die Angelegenheiten eines anderen Landes", zu Italien klare Worte gesprochen. Italien werde "von zu vielen Streiks, von zu vielen politischen Parteien und von der Pornographie" in Unordnung gebracht. (FAZ 20.1.77)

Klarer hätte es Papst Paul VI. auch nicht sagen können. Die italienischen Arbeiter, die jede Lira zweimal umdrehen müssen, bevor sie sie ausgeben, müssen sich bei dieser wahrhaft "internationalistischen" Einstellung doch verhöhnt vorkommen. Und Marx und Engels, auf die sich Breschnew immer wieder beruft, werden sich wohl ein weiteres Mal im Grabe gedreht haben.



1.000 DM - Scheine

Nach der Entführung des Oetker-Sohnes wollte plötzlich niemand mehr 1000-Mark Scheine besitzen oder in Empfang nehmen. Ein Zahnarzt beklagte sich bitter darüber, daß man heute keine 1000-Mark Scheine mehr in den Geschäften oder an den Bahnhöfen wechseln kann - er hatten es vergeblich versucht.

Also deutsche Arbeiter! Laßt in Zukunft eure 1000-Mark-Scheine zu Hause und nehmt statt dessen lieber 10 100-Mark-Scheine mit, wenn ihr einkaufen geht!

Genau 130 Jahre sind inzwischen vergangen, seitdem Karl Marx und Friedrich Engels 1847 das "Kommunistische Manifest" ("Manifest der Kommunistischen Partei") geschrieben haben und damit zum ersten Mal mit den wesentlichen Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus an eine breite Öffentlichkeit getreten sind. Der Zeitabschnitt zwischen damals und heute wird von den kommenden Generationen als das Zeitalter von Kriegen, Revolutionen und Katastrophen in den Geschichtsbüchern studiert werden können. Viele Sozialdemokraten betrachten heutzutage

genau 130 Jahre sind inzwischen vergangen, seitdem Karl Marx und Friedrich Engels 1847 das "Kommunistische Manifest" ("Manifest der Kommunistischen Partei") geschrieben haben und damit zum ersten Mal mit den wesentlichen Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus an eine breite Öffentlichkeit getreten sind. Der Zeitabschnitt zwischen damals und heute wird von den kommenden Generationen als das Zeitalter von Kriegen, Revolutionen und Katastrophen in den Geschichtsbüchern studiert werden können. Viele Sozialdemokraten betrachten heutzutage

HANS-GERD ÖFINGER

MARXISMUS IN

Die 70er Jahre werden in die Geschichte eingehen als das Jahrzehnt der Wende. Die Ursachen dafür, daß der "alte" Marxismus und der Klassenkampf in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg von vielen für tot erklärt wurden, liegen hauptsächlich im riesigen Wirtschaftsaufschwung, der in den letzten 30 Jahren die kapitalistischen Länder der Erde umfaßte. Weltweit ist nach dem Zweiten Weltkrieg viermal so viel produziert worden wie in der ganzen Geschichte der Menschheit zuvor. Nach einem verheerenden Weltkrieg, der 100 Millionen Menschen das Leben kostete und unsagbares Elend über die Menschheit brachte, hatte der Kapitalismus noch einmal die Gelegenheit, sich in den wichtigsten Industrieländern der Erde zu entfalten und die Produk-

tion auf nie gekannte Ausmaße anzuheben. Gleichzeitig jedoch waren Kapitalismus und Imperialismus so geschwächt, daß wichtige Teile der Welt seinem Einfluß entzogen wurden: in ganz Osteuropa, in China, Kuba und einer Reihe weiterer Länder der sogenannten "dritten Welt" wurden die Produktionsmittel in Staatsbesitz überführt und der Großgrundbesitz endgültig abgeschafft. Und während der Lebensstandard vieler Arbeiter in den kapitalistischen Industrieländern stieg, ist er in den "Entwicklungsländern" absolut gesunken. Für zwei Drittel der Menschheit heißt Kapitalismus Elend, Obdachlosigkeit, Hunger und früher Tod.

Das Ende der zwei Jahrzehnte relativer Ruhe in Westeuropa wird markiert von dem Ereignissen in Frankreich im Mai 1968. Damals besetzten weit über 10 Millionen Arbeiter ihre Betriebe, zeigten die Mittelschichten ihre Sympathie für die Arbeiterklasse und hing der gaullistische Staatsapparat völlig in der Luft: die ein-

breite Unterstützung in der Bevölkerung verloren, und die ungeheure Radikalisierung der Bevölkerung ging selbst in die hohen Ränge der Armee hinein. Die des aussichtslosen und kostspieligen Krieges in Afrika müde gewordenen Soldaten kehrten aus den nicht mehr zu unterdrückenden Überseeprovinzen zurück und schlossen sich der Bewegung der Arbeiter an. Die portugiesische Arbeiterklasse, die für europäische Begriffe relativ am wenigsten Erfahrung und Tradition aufzuweisen hatte, betrat mit einem Schläge die Arena der Geschichte. Knapp ein Jahr später erzwangen die Bankangestellten durch Besetzung die Verstaatlichung der Banken, was schlagartig große Teile der Industrie in Staatshand brachte. Die portugiesische Revolution ist noch unvollendet - eines jedoch ist sicher: die portugiesischen Arbeiter werden nicht bereit sein, sich die erkämpften Errungenschaften ohne harten Widerstand wieder wegnehmen zu lassen. Im gleichen Jahr, in dem der schwächste Imperialismus (Portugal) seine Truppen aus den afrikani-

politischen Demonstrationen durchgeführt. Die spanische Streikstatistik ist neben Italien die zweithöchste in Europa.

BRD STREIKS

In der Bundesrepublik markieren die Jahre seit 1970 selbst das Ende des Aufschwungs, des "Wirtschaftswunders" und der Ideen von Klassenharmonie und Sozialpartnerschaft. 1971 kam es zu einem großen offiziellen Streik in der Metallindustrie. 1972 reagierten die Arbeiter in den Industriezentren auf das versuchte Mißtrauensvotum gegen Willi Brandt mit Warnstreiks und spontanen Kundgebungen, die Mobilisierung im Herbst führte zum größten Wahlsieg in ihrer gesamten Geschichte. 1973 erreichten die Metaller durch einen einwöchigen Streik große Zugeständnisse in Fragen der Arbeitsbedingungen. 1974 legten die Kollegen im öffentlichen Dienst die Arbeit nieder. 1976 kam es zur bundesweiten Aussperrung und zum bundesweiten Streik der Drucker.

Der weltweite Wirtschaftsaufschwung des Kapitalismus hat sich nun entgültig erschöpft. Sichtbarer Ausdruck dafür ist die Krise 1974/75, die gleichzeitig alle Länder erfaßte und die Arbeitslosigkeit auf neue Rekordhöhen wachsen ließ. Nach einem Jahr der Krise (1975) sollte 1976 das Jahr des Aufschwungs sein. Ein schwacher und äußerst instabiler Aufschwung hat zwar eingesetzt, aber damit sind die grundlegenden Probleme des Kapitalismus nicht aus der Welt geschafft:

- Die Profitrate der Kapitalisten ist langfristig gesunken.
- Die Arbeitslosigkeit ist inzwischen zu einem Dauerproblem des Kapitalismus geworden. Sie wird international bleiben bzw. noch weiter ansteigen.
- Die Kapazitäten sind nach wie vor höchstens zu vier Fünfteln ausgelastet.
- Die Inflationsrate wird in den nächsten Monaten international weiter ansteigen.
- Die Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse, die verschärfte Konkurrenz zwischen den Konzernen und Nationen und die ungewissen wirtschaftlichen Aussichten haben den Kapitalisten das Vertrauen in ihre eigene Wirtschaftsordnung genommen-dementsprechend werden sie auch weiterhin bei Investitionen viel zurückhaltender sein.

130 JAHRE KOMMUNISTISCHES MANIFEST

Sozialdemokratische Bibliothek.

XXXIII

Das Kommunistische Manifest.

Vierte autorisierte deutsche Ausgabe.

Mit einem neuen Vorwort von Friedrich Engels.

1847 . . . 1977

tion auf nie gekannte Ausmaße anzuheben. Gleichzeitig jedoch waren Kapitalismus und Imperialismus so geschwächt, daß wichtige Teile der Welt seinem Einfluß entzogen wurden: in ganz Osteuropa, in China, Kuba und einer Reihe weiterer Länder der sogenannten "dritten Welt" wurden die Produktionsmittel in Staatsbesitz überführt und der Großgrundbesitz endgültig abgeschafft. Und während der Lebensstandard vieler Arbeiter in den kapitalistischen Industrieländern stieg, ist er in den "Entwicklungsländern" absolut gesunken. Für zwei Drittel der Menschheit heißt Kapitalismus Elend, Obdachlosigkeit, Hunger und früher Tod.

In den fortgeschrittenen Industrieländern (Westeuropa, USA, Japan) waren die 50er und 60er Jahre eine Periode der relativen Ruhe. Der riesige Wirtschaftsaufschwung war die Basis dafür, daß der Preis der Arbeitskraft stieg und so die meisten Arbeiterfamilien ihren Lebensstandard steigern konnten - jedoch auch nur durch harte Überstunden, durch billige Frauenarbeit und starke Gewerkschaften. Gleichzeitig erholte sich die Arbeiterklasse von den Wunden, die ihr die Niederlagen vor dem Zweiten Weltkrieg und der Faschismus zugefügt hatten. Eine neue, selbstbewußte Generation von Arbeitern ist inzwischen herangewachsen, die die Lücken gefüllt hat, welche vom Faschismus durch die Ausrottung der besten Kämpfer hinterlassen wurden. Das Gewicht der Arbeiter und Angestellten innerhalb der gesamten Gesellschaft hat erheblich zugenommen, weil der Aufschwung schon allein eine zahlenmäßige Stärkung der Lohnabhängigen

fachen Soldaten und Polizisten waren nicht bereit, gegen die Arbeiter vorzugehen. de Gaulle selbst gab hinter den Kulissen zu: "Das Spiel ist aus".

Wenn auch die kommunistische Gewerkschaft (CGT) es fertigbrachte durch Kanalisierung dieser Revolution in die Bahnen reiner Lohnverhandlungen das drohende Ende der Herrschaft des Kapitals abzuwenden, so hat doch die Bewegung des Mai '68 alle diejenigen widerlegt, die die europäische Arbeiterklasse für "verbürgerlicht und integriert" erklärten und ihre ganze Hoffnung auf die Studenten und die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt oder aber eine Auflösung der Klassengesellschaft und eine nivellierte Mittelschicht zu erkennen glaubten. Der französische Mai '68 hat erneut Kraft, Stärke, Macht und Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse deutlich gemacht. Er war der Auftakt für eine neue Epoche in Westeuropa.

1974 war die europäische Arbeiterklasse Zeuge bzw. Hauptdarsteller großer und mächtiger Ereignisse, die zum ersten Mal seit 1968 das bisher scheinbar so stabile Fundament des internationalen Kapitalismus gewaltig erschütterten.

PORTUGAL

In dem neben der Türkei rückständigsten Land Europas, in Portugal, brach mit dem Militärputsch vom 25. April 1974 endgültig der Damm, so daß die Wogen der portugiesischen Revolution freien Lauf bekamen.

Nach fast fünfzigjähriger faschistischer Unterdrückung, totaler Ausrottung jeglichen marxistischen Gedankenguts in allen Bereichen des öffentlichen Lebens und der Arbeiterklasse, wurde die alte Diktatur über Nacht hinweggefegt. Sie hatte jegliche

Abendbrot: 3 Tage ca. 55 DM
ganze Woche ca. 110 DM
Termin: 9.-14. April 1977
ANMELDUNG bei: Andy Bevan, National Youth Officer, Labour Party, Transport House, Smith Square, LONDON SW 1, ENGLAND.

schon Kolonien abziehen mußte, erlitt auch der stärkste Imperialismus (USA) seine entscheidende Schlappe in Vietnam. Zum ersten Male in der Geschichte mußten die USA kapitulieren - vor einem kleinen Dschungel- und Bauernland in Südostasien.

Der jahrelange Versuch, militärische Herrschaft über die vietnamesische Bevölkerung aufrecht zu erhalten, war völlig fehlgeschlagen. Der Widerstand der Bevölkerung blieb ungebrochen, und die Demoralisierung der amerikanischen Soldaten, die hohe Zahl der Deserteure und die Anti-Kriegsbewegung in den USA selbst zwangen den Präsidenten, schließlich die Niederlage einzugestehen.

1974 fiel auch die griechische Militärjunta wie ein Kartenhaus zusammen. Der waghalsige Versuch einer Intervention auf Zypern enthüllte nur die Schwäche der Junta und beschleunigte ihren Zusammenbruch. Ohne ernstzunehmende gesellschaftliche Basis hatte sie sieben Jahre lang versucht, durch Unterdrückung, Terror, Folter und Verhaftungen die Arbeiterbewegung einzuschüchtern und entscheidend zu treffen. Die griechische Arbeiterklasse erschien jedoch - ohne Anzeichen einer Schwächung oder Demoralisierung - unbesiegt wieder auf der Bildfläche und kämpft unentwegt weiter.

1974 brachten die britischen Arbeiter auch der konservativen Regierung Heath, die bewußt eine Konfrontation mit den Bergarbeitern und der gesamten Gewerkschaftsbewegung gesucht hatte, eine empfindliche Niederlage bei. Italien selbst steht seit Beginn der 70er Jahre unentwegt im Zeichen riesiger Klassenauseinandersetzungen und zahlreicher Generalstreiks. Das spanische Proletariat hat über die letzten 10, 12 Jahre hinweg seine nach der blutigen Niederlage im Bürgerkrieg allmählich wieder angewachsene Stärke und Kampfbereitschaft demonstriert: in der Illegalität wurden in jeder Provinz eine Reihe von Streiks, Generalstreiks und

MANIFEST AKTUELL

In solchen Zeiten und unter solchen Umständen zeigt sich erneut die nicht zu bestreitende Kraft der Ideen des Marxismus. Alle wesentlichen Aussagen des Kommunistischen Manifestes von 1847 beweisen erneut die Weitsicht und Genialität der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels.

"DIE GESCHICHTE ALLER BISHERIGEN GESELLSCHAFT IST DIE GESCHICHTE VON KLASSENKÄMPFEN." (Manifest) 1976 war durch Klassenkämpfe gekennzeichnet. Von Australien bis Argentinien, von Schweden bis Südafrika traten die Arbeiter in Aktion und machten durch Streiks, Demonstrationen, Generalstreiks und teilweise sogar Zusammenstöße mit der Polizei und Armee klar, daß sie nicht gewillt sind, die Angriffe auf ihren Lebensstandard im Namen von "Sozialpartnerschaft" und "nationaler Einheit" hinzunehmen.

"SIE (die Kapitalistenklasse, d. Verf.) HAT DIE BEVÖLKERUNG AGLOMERIERT (zusammengebald, d. Verf.) DIE PRODUKTIONSMITTEL ZENTRALISIERT UND DAS EIGENTUM IN WENIGEN HÄNDEN KONZENTRIERT." (Manifest)

1976 ging diese Entwicklung in atemberaubendem Tempo weiter. Tausende kleiner Unternehmer in der BRD mußten auch im letzten Jahr ihren Betrieb aufgeben. In allen kapitalistischen Ländern wird die Wirtschaft von wenigen - zig oder 100/200 Familien, Banken und Großkonzernen beherrscht, die die eigentliche Macht ausüben.

"DIE BISHERIGEN KLEINEN MITTELSTÄNDE . . . FALLEN INS PROLETARIAT HINAB" Nach dem 2. Weltkrieg mußten Millionen Bauern, Handwerker und Kaufleute ihre selbstständige Existenz aufgeben und als Arbeiter und Angestellte ihr Brot verdienen. Vor dem Krieg war noch ein

DEN 70er JAHREN

Drittel der Bevölkerung in Deutschland Haupterwerbsbauern, heute sind es in der BRD noch ganze 7%. Weit über vier Fünftel der Bevölkerung sind Lohnabhängige. Das gleiche gilt für die meisten anderen Industrieländer auch.

"DIESE ARBEITER, DIE SICH STÜCKWEISE VERKAUFEN MÜSEN, SIND EINE WARE WIE JEDE ANDERE HANDELSARTIKEL UND DAHER GLEICHMÄSSIG ALLEN WECHSELFÄLLEN DER KONKURRENZ, ALLEN SCHWANKUNGEN DES MARKTES AUSGESETZT" (Manifest)

Nur bewußte Lügner und Unwissende werden bestreiten können, daß dies noch haargenau die Wirklichkeit des Jahres 1976 trifft. Weit über 15 Mio. Arbeiter der kapitalistischen Welt, wird selbst das letzte Recht noch verweigert, das sie haben - das Recht, ihre Arbeitskraft zu verkaufen.

"DIE KOSTEN, DIE DER ARBEITER VERURSACHT, BESCHRÄNKEN SICH DAHER FAST NUR AUF DIE LEBENSMITTEL, DIE ER ZU SEINEM UNTERHALT UND ZUR FORTPFLANZUNG SEINER RASSE BEDARF." (Manifest)

Auch hier wurden durch die Tendenz des Kapitalismus, den Lebensstandard der breiten Masse zu senken, alle diejenigen Lügen gestraft, die in den letzten 30 Jahren von Wohlstands- und Überflußgesellschaft redeten. Für die meisten Arbeiter gibt es nur eine Art von Überfluß: Ein Überfluß an Sorgen - wie Strom, Heizung und Miete bezahlt werden sollen, ob man beim Essen oder bei der Kleidung sparen soll, ob das Geld für einen kurzen Jahresurlaub reichen wird, ob man zum nächsten Quartal noch Arbeit haben wird, ob die Kinder eine Lehrstelle oder einen Studienplatz bekommen werden. Und selbst diejenigen Arbeiter, die sich noch ein Eigenheim, großes Auto und Farbfernseher leisten können, wissen genau, wie hart sie dafür schuften mußten. Doch gerade auch sie werden zu kämpfen haben, um das Erreichte zu halten.

"IN DEN HANDELSKRISEN WIRD EIN GROSSER TEIL NICHT NUR DER ERZEUGTEN PRODUKTE, SONDERN DER BEREITS GESCHAFFENEN PRODUKTIVKRÄFTE REGELMÄSSIG VERNICHTET!"

Während die einfachsten Lebensmittel immer teurer werden, vernichtet die EG systematisch unmassen von Getreide, Gemüse, und Obst - im Dienste des Profits. In der Krise liegen Arbeitskraft und Maschinen brach, die zur Herstellung lebensnotwendiger Güter eingesetzt werden könnten. Andererseits herrscht dann für Millionen ein Mangel an solchen Gütern. Marx und Engels beschränkten sich jedoch nicht darauf, nur die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu analysieren - sie zeigten auch den Weg auf, um den ständig wiederkehrenden Kreis auf der kapitalistischen Krise zu durchbrechen und erkannten in der Arbeiterklasse die Kraft, die dazu fähig ist.

"DER FORTSCHRITT DER INDUSTRIE, DESSEN WILLEN- UND WIDERSTANDSLOSER TRÄGER DIE BOURGEOISIE IST, SETZT AN DIE STELLE DER ISOLIERUNG DER ARBEITER DURCH DIE KONKURRENZ IHRE REVOLUTIONÄRE VEREINIGUNG DURCH DIE ASSOZIATION. MIT DER ENTWICKLUNG DER GROSSEN INDUSTRIE WIRD ALSO UNTER DEN FÜSSEN DER BOURGEOISIE SELBST DIE GRUNDLAGE HINWEGGEZOGEN, WORAUF SIE PRODUZIERT UND DIE PRODUKTE SICH ANEIGNET. SIE PRODUZIERT VOR ALLEM IHRE EIGENEN TOTENGRÄBER." (Manifest)

1976

1976 hat gezeigt, wie stark, mächtig und selbstbewußt die Arbeiterklasse auf Weltenebene wieder zu werden beginnt. Das ablaufende Jahr war gekennzeichnet von großen politischen Veränderungen und Erschütterungen in allen wichtigen Ländern des Westens, in den stalinistischen Ländern und in der "dritten Welt".

Schwere politische Krisen haben in fast allen westeuropäischen Ländern das Vertrauen der herrschenden Klasse erschüttert.

Spanien stand am Anfang des Jahres im Zeichen des Generalstreiks in Victoria und im Baskenland, der in ganz Spanien wiederholte. Im Herbst erfaßten eine neue Streikwelle alle Schichten der Arbeiterklasse bis hin zu Teilen der Mittelschichten und erstreckte

sich über alle Teile des Landes. Das Auf und Ab der Kämpfe läßt sich an der Streikstatistik ablesen: 1974 wurde 18 Millionen Stunden gestreikt, 1975 10 Millionen Stunden und allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 1976 70 Millionen Stunden (laut offizieller Statistik).

In Portugal hat - obwohl die Revolution im vergangenen Jahr vorübergehend wieder etwas abgeflaut ist - die Parlamentswahl im April ebenso wie die Kommunalwahl im November gezeigt, daß nach wie vor die Mehrheit der Bevölkerung für eine Art Sozialismus ist, denn die Sozialistische Partei, die Kommunistische Partei und die linken Splittergruppen haben beides Mal zusammengerechnet über 50% der Stimmen errungen. Obwohl die Reaktion aufgrund des Versagens der Arbeiterführer, vor allem den Mittelschichten ein klares Programm anzubieten, in den letzten Monaten in Portugal gestärkt worden ist, hat sie es bisher nicht offen gewagt, die Errungenschaften der Revolution (weitgehende Verstaatlichung, Landbesetzungen durch die Landarbeiter, Arbeiterkontrolle in vielen Betrieben) wieder rückgängig zu machen. Sie wird aber zweifellos in den nächsten Monaten versuchen, alle ihre Kräfte zu mobilisieren, dabei jedoch den breiten Widerstand der Industrie- und Landarbeiter hervorrufen, die sich noch genau an die Zustände unter der Diktatur erinnern können und nicht bereit sind, ohne einen entscheidenden Kampf dahin zurückzukehren.

Das endgültige Schicksal der portugiesischen Revolution wird jedoch von der Entwicklung der spanischen Revolution wie von den Prozessen in den übrigen europäischen Ländern abhängen.

Der italienische Staat steht vor dem Bankrott. Bei den Neuwahlen im Juni konnten die Kommunistische Partei erhebliche Stimmengewinne verbuchen. Sie ist mit 34,4 % die zweitstärkste Partei im Parlament. Gleichzeitig jedoch strebt sie einen "historischen Kompromiß" mit der Partei des Großkapitals, den Christdemokraten an, und die gegenwärtige christdemokratische Minderheitsregierung kann sich nur dank der "passiven Unterstützung" durch die Kommunistische Partei halten. In Norditalien gab es einen "heißen Herbst" (inoffizielle Streiks und Fabrikbesetzungen) als Antwort auf die drastischen Sparmaßnahmen der Regierung und schwerwiegende Preiserhöhungen. Ende November legten über 7 Millionen italienische Arbeiter aus Protest gegen das Sparprogramm einen vierstündigen Streik ein.

"Alles deutet darauf hin, daß Frankreich vor schweren sozialen Auseinandersetzungen steht." So sah die FAZ (2.10.76) die Lage Frankreichs im Herbst 1976.

Im Frühjahr hatte ein 24stündiger Streik den öffentlichen Dienst lahmgelegt. Im Oktober antwortete die Arbeiterklasse mit Streiks und Demonstrationen auf das Sparprogramm der Regierung. Ein neuer Ausbruch wie im Mai '68 könnte noch vor dem 10. Jahrestag auf der Tagesordnung stehen - jedenfalls ist diese Erwartung von Meinungsumfragen und den Kommentaren der bürgerlichen Presse klar und deutlich abzulesen. Außerdem haben die Parteien der Linken ständig an Unterstützung zuzugewonnen, so daß ein Regierungswechsel bis spätestens 1978 wahrscheinlich ist.

Nach einer Umfrage rechnen 73% der Unternehmer mit einem "Machtwechsel zugunsten der Linken".

Zahlreiche Streiks und Beispiele aus anderen europäischen Ländern von mächtigen Streiks, Regierungskrisen und Klassenausinandersetzungen unterstreichen eines:

Nach den langen Aufschwungsjahren sind die Arbeiter in allen Ländern fest entschlossen, das wieder hereinzuholen, was ihnen an Reallohn und sozialen Errungenschaften in den letzten 2/3 Jahren verloren gegangen ist. In vielen Ländern hat die Streikaktivität der ersten Monate des Jahres 1976 den gesamten Umfang der Streiks des Jahres 1975 weit übertroffen. In der BRD waren 1975 ganz 35 800 Arbeiter im Ausstand, und gingen insgesamt nur 68 700 Arbeitstage verloren. 1976 legten bereits in den ersten Monaten Hunderttausende im Rahmen der Tarifrunde ihre Arbeit in kurzen Warnstreiks nieder.

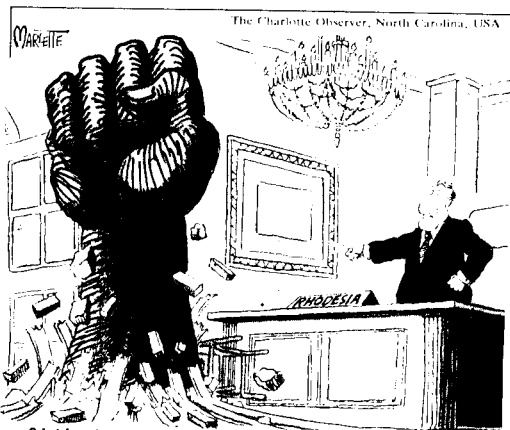
Durch Streiks gingen in der BRD 1976 an Arbeitstagen verloren:

Februar	2 000
März	6 000
April	110 000
Mai	426 000
Juni	13 000
zus.:	547 000

(laut "Welt", 11.1.77)

SÜDAFRIKA

Bedeutsamer ermutigend für die internationale Arbeiterbewegung waren die Vorgänge in der "dritten Welt", vor allem in Afrika. Nach dem Zusammenbruch des portugiesischen Imperialismus und dem Sieg der Befreiungsbewegung kam es zur Abschaffung von Kapitalismus und Großgrundbesitz in Angola und Mocambique. Damit war eine wichtige Stütze der weißen Vorherrschaft im südlichen Afrika mit einem Schlag zusammengebrochen. Dieses verstärkte unmittelbar den Druck auf die weiße Smith-Regierung in Rhodesien. Plötzlich begannen die USA und Großbritannien, sich für schwarze Mehrheitsherrschaft in Rhodesien und Südafrika stark zu machen. Aus Angst vor der kommenden Revolution versucht nun der Imperialismus, durch Zugeständnisse an die schwarze Mehrheit sich seine Einflußbereiche im südlichen Afrika noch einigermaßen zu sichern. Die Angst der herrschenden Klasse vor der kommenden Revolution in diesem Kontinent und ihren internationalen Auswirkungen hat die FAZ besonders deutlich zum Ausdruck gebracht: "Die Zeit läuft der südafrikanischen Regierung viel rascher davon, als sie annimmt. Wer gestern noch als "radikal" galt, ist heute schon "Gemäßigter"... (8. 10. 76) "Der Westen schätzt die kommunistische Bedrohung Südafrikas nicht gering ein. Sie abzuwenden kann jedoch nach seiner Ansicht nicht gelingen, wenn die jetzigen Zustände in der Republik Südafrika beibehalten werden. Das... ungerechte und unsoziale System treibt die schwarzen und braunen Bürger... in die Arme der Kommunisten..."



... Aber der Regierung in Pretoria die grundsätzliche Zusage des Gesprächsbeginns über tiefgreifende Reformenabzurufen muß erlaubt sein, wenn wegen der Blindheit und Starrköpfigkeit dieser Regierung ein dritter Weltkrieg zu entstehen droht."

So erkennt die herrschende Klasse auf ihre Weise, was für Auswirkungen die aufflammenden Kämpfe der schwarzen Arbeiter und Jugendlichen in Südafrika für den Kontinent und die Welt haben können.

STALINISMUS

Auch in den Ländern der Erde, in denen Kapitalismus und Großgrundbesitz für immer abgeschafft worden sind, haben sich große Krisen, Spannungen und Erschütterungen abgezeichnet.

Noch mehr als in den Jahren zuvor wird die bürokratische Clique, die die politische Macht in den osteuropäischen Ländern in der Hand hat, 1977 krampfhaft über wirtschaftliche und politische Maßnahmen grübeln. Es soll die drohende politische Revolution verhindert werden, in deren Interesse die Bürokratie angeblich herrscht. 1976 stand im Zeichen neuer Spannungen unter der scheinbar ruhigen Oberfläche in allen Ostblockländern.

Die enormen Errungenschaften einer verstaatlichten, geplanten Wirtschaft kommen angesichts bürokratischer Mißwirtschaft immer weniger zum Tragen. Die Ostblockstaaten sind heute haushoch im Westen verschuldet und haben zunehmende Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung. In allen Ostblockländern hat sich die Opposition spürbar vergrößert. Selbst in der DDR hat die Biermann-Kampagne gezeigt, daß jetzt mehr und mehr Bürger bereit sind, sich Protestgruppen anzuschließen und offen ihre Kritik an der Regierung auszuüben.

Am krassensten kommt die Krise des stalinistischen Regimes jedoch in Polen zum Vorschein. Dort können wir auch 1977 am ehesten mit mächtigen Bewegungen und Erschütterungen rechnen. Nachdem bereits 1970 eine schließlich blutig unterdrückte Streikwelle Gomulkas Rücktritt erzwang, war sein Nachfolger Gierek nach nur 6 Jahren um Haaresbreite dem gleichen Schicksal erlegen. Giereks Parteiführung mußte die angekündigten Preiserhöhungen um 69% für Grundnahrungsmittel von einem Tag auf den anderen zurückziehen. In fast allen Industriezentren des Landes kam es zu organisierten und gezielten Streiks, so daß die Bürokratie hastig alle bereits ver-

abschiedeten Preiserhöhungen zu rücknahm. In Nova Huta (Stahlwerk bei Krakau) wurden Truppen eingesetzt, die den Produktionsablauf aufrecht erhalten sollten. In den Ostseehäfen weigerten sich die Hafnarbeiter, Schiffe mit Lebensmitteln zu beladen. Die Bürokratie steckt in einer Klemme. Wenn sie nicht sehr bald die Preise für Lebensmittel heraufsetzt, werden sich die wirtschaftlichen Probleme noch weiter verschlimmern. Aber neue Preissteigerungen werden nur um so mehr den Widerstand der Arbeiter provozieren. Angesichts dieser Perspektive ist die Bürokratie sich unschlüssig über konkrete Maßnahmen. Ein Teil der Bürokratie will mit schärferen Unterdrückungsmaßnahmen auf den Widerstand reagieren, ein anderer Teil und Gierek sind bereit, den Arbeitern Zugeständnisse zu machen, um von der angestauten Wut etwas abzulassen. Die Arbeiter Polens haben in langen und blutigen Erfahrungen gelernt, daß die Bürokratie in manchen Zeiten bereit ist, Zugeständnisse zu machen, daß sie aber nie bereit ist, ihre Privilegien und ihre Macht freiwillig aufzugeben. So werden die aktivsten und bewußtesten Arbeiter mehr und mehr die Idee einer politischen Revolution aufgreifen, in der die Arbeiter die grundlegenden Bedingungen einer Arbeiterdemokratie wieder lebendig machen werden, wie sie Lenin 1917 und die russischen Arbeiter 1956 zum Ausdruck brachten:

Wahl- und Abwählbarkeit aller Funktionäre.

Kein Funktionär darf mehr als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn verdienen.

Kein stehendes Heer.

Freie Meinungs- und Aktionsfreiheit für alle Gruppen, die das Staatseigentum an Produktionsmitteln anerkennen.

Eine politische Revolution steht in Polen auf der Tagesordnung. Wenn es in Polen gelingen würde, eine echte Arbeiterdemokratie zu errichten, so würde dieses Beispiel sehr schnell auf die anderen stalinistischen Staaten in Osteuropa übergreifen.

Mit der Verflechtung aller Länder der Erde zu einem Weltmarkt sind auch die Kämpfe der Arbeiterklasse international noch weit mehr als vor dem zweiten Weltkrieg miteinander verknüpft. Spanien, Südafrika und Polen haben gezeigt, daß die westliche Welt, die "dritte Welt" wie auch die stalinistische Welt gleichzeitig Schauplätze riesiger Kämpfe sind. Eine Krise in einem Teil der Welt hat unmittelbare Auswirkungen und führt zu Erschütterungen in der restlichen Welt.

NEUE EPOCHE

Die ganze Welt steht gegenwärtig am Beginn einer neuen Epoche, der Epoche der Kämpfe, Stürme, Umwälzungen und Revolutionen. Die Umstände und Bedingungen für die weltweite sozialistische Umwandlung waren noch nie so günstig wie gerade in unserer Epoche.

Ein sichtbarer Ausdruck für dieses günstige Kräfteverhältnis und die Furcht der Herrschenden vor der Zukunft ist die Krise der herrschenden Klasse selbst. Diese Krise macht sich bemerkbar in einer Spaltung oder zumindest Polarisierung der großbürgerlichen Parteien und der bürgerlichen Regimes. In Frankreich kam diese Spaltung im Rücktritt des gaullistischen Ministerpräsidenten Chirac und seinem Versuch zum Ausdruck, eine neue reaktionäre Bewegung aufzubauen, die offen im Gegensatz zum bürgerlichen republikanischen Staatspräsidenten Giscard steht. In Spanien bekämpften sich offen die verschiedenen Flügel der herrschenden Klasse: Ein Teil will den immer größer werdenden Druck durch verschärfte Repressionen zurückhalten, die "Reformer" wollen durch vorsichtige "Liberalisierungen" den Druck aus der Bewegung etwas ablassen. Die Partei des italienischen Großkapitals, die Democrazia cristiana, ist in mindestens eine Handvoll verschiedene Flügel gespalten. Ähnlich sieht es in der japanischen Regierungspartei - den Liberaldemokraten - und bei den britischen Konservativen aus. Der von Strauß durchgesetzte Spaltungsbeschluss von Kreuth wurde zwar vorübergehend zurückgenommen, hat jedoch auch diese Tendenz aufgezeigt. In allen Ländern ist sich die herrschende Klasse uneinig über die Mittel und Methoden, die sie in Zukunft anwenden muß, um die drohenden Gefahr des Kampfes der Arbeiterbewegung abzuwenden und ihre Herrschaft aufrechtzuhalten. Aber welches Mittel ihr auch jeweils am geeignetsten erscheint, ob parlamentarische Demokratie oder offene Militär- und Polizeidiktatur, überall stecken Regierungen in einer Krise. Die chilenische Diktatur hatte am Anfang noch die Unterstützung der Christdemokraten, heute jedoch fehlt ihr jegliche Massenbasis, um langfristig stabil zu bleiben. In Italien, Großbritannien, Dänemark, der BRD, Frankreich und einer Reihe weiterer

Länder sind die Regierungen entweder Minderheitsregierungen auf schwachen Beinen, oder aber unfähig, auf lange Sicht eine Politik gegen die organisierte Arbeiterbewegung durchzusetzen. Auch die sozialdemokratischen Regierungen, die in der Krise unter Druck des Kapitals geraten, werden langfristig nicht gegen ihre eigene Basis Politik machen können.

NACH DEM VÖLLIGEN ZUSAMMENBRUCH DER SPANISCHEN DIKTATUR WIRD ES IN WEST-EUROPA ZUM ERSTEN MAL SEIT JAHRHUNDERTEN KEINE EINZIGE MILITÄR- ODER POLIZEIDIKTATUR MEHR GEBEN.

FÜHRUNG

Die russische Revolution leitete eine Periode der weltweiten Revolutionen zwischen den beiden Weltkriegen ein. Die deutsche Revolution und die heldenhaften Kämpfe der deutschen Arbeiter in der Weimarer Republik, die italienische Revolution 1920/22, der britische Generalstreik 1926, die chinesische Revolution 1927 und die spanische Revolution sind die bekanntesten Höhepunkte jener revolutionären Periode. Die kommenden 1/2 Jahrzehnte werden in mancher Hinsicht jener Periode zwischen den Weltkriegen ähnlich sein. Aber der entscheidende Unterschied zu damals liegt eben darin, daß die Arbeiterklasse heute in allen Ländern viel stärker ist und der internationale Zusammenhalt der Arbeiter aller Länder noch deutlicher und stärker geworden ist. (Internationale Gewerkschaftssolidarität zu Chile und Südafrika)

So wie damals beispielsweise die deutsche Arbeiterklasse wiederholt die Gelegenheit hatte, die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft durchzuführen, so wird es auch in den nächsten Jahren in den Händen der Arbeiterbewegung liegen, wohin die gesamte Gesellschaft im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts gehen wird.

Doch eine kampfbereite und starke Arbeiterorganisation, reichen noch lange nicht aus, um eine erfolgreiche sozialistische Umwandlung zu garantieren.

Die Hauptfrage für die Arbeiterbewegung und ihre Zukunftsperspektiven ist nicht die, ob die Arbeiter kämpfen oder nicht, sondern

ob die Führung der Arbeiterorganisationen fähig sein wird, die Kämpfe aller Arbeiter zusammenzufassen und zu verallgemeinern und ihnen eine klare sozialistische Perspektive und Zielrichtung zu verleihen.

In Portugal hat die Arbeiterklasse seit dem Ausbruch der Revolution 1974 wiederholt ihre Bereitschaft und Entschlossenheit demonstriert, die Zukunft der Gesellschaft in ihre eigenen Hände zu nehmen. Doch die Führer der Sozialistischen und Kommunistischen Partei verkündeten zuerst, daß jetzt nicht die Zeit für Verstaatlichung gekommen sei und man nicht die Reaktion provozieren dürfe (die zu diesem Zeitpunkt so gut wie nicht vorhanden war) Aber als wenige Monate später die Arbeiter selbst über die Schranken der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus hinausgegangen waren, sprachen die Arbeiterführer plötzlich von "Klassenloser Gesellschaft" und "Diktatur des Proletariats". Inzwischen hat der Sozialistenführer Soares sein Hauptziel erreicht: Er ist Ministerpräsident geworden. Aber anstatt die Arbeiter für die vollständige Verstaatlichung der Industrie und eine demokratisch geplante Wirtschaftsordnung zu mobilisieren, versucht er jetzt, einige der Errungenschaften in den Betrieben wieder rückgängig zu machen.



In Spanien, wo der Bankrott des Kapitalismus auch durch eine parlamentarische Demokratie nicht verschleiert werden kann, tun die Arbeiterführer alles, um die Frage einer sozialistischen Gesellschaft auf ungewisse Zukunft zu vertagen.

KP-Führer Carillo zum Spiegel: "Wir wollen eine stabilere Wirtschaft schaffen, als wir sie jetzt haben, und deshalb glauben wir nicht, daß dies der Augenblick für Verstaatlichungen ist." (Spiegel 5/77)

Zu einem Zeitpunkt, wo die französische herrschende Klasse nicht vor einer Wiederholung des Mai '68 sicher sein kann und ein Machtantritt der Linken unter Führung des Sozialisten Francois Mitterrand auf der Tagesordnung steht, setzt sich ein Francois Mitterrand plötzlich mit Vertretern der Industriellenverbände an eine Tafel und verkündet das "Godesberger Programm der französischen Sozialisten":

"Der Staat hat nicht die Aufgaben des Unternehmers zu übernehmen. Uns geht es darum, die Unternehmerische Fähigkeit zu schützen und zu entwickeln. Die Gesetze des Marktes sind zu achten. Der Unternehmergeinn wird auf lange Sicht der Motor der Marktwirtschaft sein." (FAZ 13.11.76)

Im Oktober legten Zehntausende italienischer Arbeiter in den Industriezentren des Nordens die Arbeit nieder und forderten Arbeitermacht. Das einzige, was ihnen die Führung der Kommunistischen Partei anbieten kann, ist Ruhe, Zurückhaltung und "ein historischer Kompromiss" mit den Christdemokraten.

MARXISTEN

Unter diesen Umständen zeigt sich erneut, daß die Frage eines marxistischen Programms und einer marxistischen Führung eine Frage auf Leben und Tod ist. Die Niederlagen, die die Arbeiterbewegung in vielen Ländern in der Vergangenheit erlitten hat, sind nicht die Folge der "Unreife" der Arbeiterklasse für die sozialistische Umwandlung der Gesellschaft, sondern die Folge des Fehlens einer klaren und konsequenten marxistischen Führung, die es verstanden hätte, die Kämpfe der Arbeiter zusammenzufassen und zu verallgemeinern. Marxismus ist kein Dogma, sondern nichts anderes als eine Zusammenfassung und Verallgemeinerung der Geschichte, Lehren und Erfahrungen der Arbeiterbewegung. Marxisten. "STELLEN KEINE BESONDEREN PRINZIPIEN AUF, WONACH SIE DIE PROLETARISCHE BEWEGUNG MODELN WOLLEN" (Manifest)

Sie. "UNTERSCHIEDEN SICH VON DEN ÜBRIGEN PROLETARISCHEN PARTEIEN NUR DADURCH, DASS SIE EINERSEITS IN DEN VERSCHIEDENEN NATIONALEN KÄMPFEN DER PROLETARIER DIE GEMEINSAMEN, VON DER NATIONALITÄT UNABHÄNGIGEN INTERESSEN DES GESAMTEN PROLE-

TARIATS HERVORBRINGEN, ANDERERSEITS DADURCH, DASS SIE IN DEN VERSCHIEDENEN ENTWICKLUNGSSTUFEN, WELCHE DER KAMPF ZWISCHEN BOURGEOISIE UND PROLETARIAT DURCHLÄUFT STETS DAS INTERESSE DER GESAMTBEWEGUNG VERTRETEN." (Manifest)

Marxisten verstehen sich wie es bereits im Manifest ausgedrückt wird, als... DER ENTSCHIEDENSTE, IMMER WEITERTREIBENDE TEIL DER ARBEITERPARTEIEN ALLER LÄNDER, SIE HABEN THEORETISCH VOR DER ÜBRIGEN MASSE DES PROLETARIATS DIE EINSICHT IN DIE BEDINGUNGEN, DEN GANG UND DIE ALLGEMEINEN RESULTATE DER PROLETARISCHEN BEWEGUNG VORAUS." (Manifest)

Gerade weil der Marxismus nichts anderes ist, als die beste und konsequenteste Verallgemeinerung aller bisherigen Erfahrungen und weil der Marxismus für alle Kämpfe klare Perspektiven anzubieten hat, kommen heutzutage mehr und mehr aktive und politisch bewußte Arbeiter zu den Schlußfolgerungen, die der Marxismus beinhaltet. Je offener und klarer der Kapitalismus jedem einzelnen zeigen wird, daß er bankrott und ohne jegliche Zukunftsperspektive ist, desto mehr werden die zig Millionen in Gewerkschaften und Arbeiterparteien organisierten Arbeiter in ihren Massenorganisationen die Frage eines einheitlichen und entschlossenen Kampfes und einer Offensive zur Durchsetzung eines sozialistischen Programms auf die Tagesordnung setzen. Dabei können die marxistischen, also die bewußtesten und konsequentesten Arbeiter eine zentrale Rolle spielen. In den nächsten 1/2 Jahrzehnten wird sich für die Marxisten weltweit die Gelegenheit ergeben, die breite Mehrheit der Arbeiterklasse für ihre Politik und Perspektive zu gewinnen und an der Spitze der Arbeiterbewegung aus dem Kampf vieler Millionen einen einzigen Kampf zu machen. Es liegt in ihren Händen, ob die zukünftigen Auseinandersetzungen mit dem Aufbau einer sozialistischen Weltordnung enden werden oder aber die gesamte Menschheit erneut vor Barbarei und atomarem Massenmord stehen wird. Im letzten Viertel dieses Jahrhunderts wird gerade der alte Kampf neu belebt werden: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Jusos Hessen - Nord ohne klare Perspektiven

Am 15. und 16. Januar fand auf dem Dörnberg (bei Kassel) die ordentliche Jahreskonferenz der Jungsozialisten Hessen-Nord statt. Sie stand unter dem Eindruck, daß viele Arbeitsgruppen und sogar Unterbezirke nicht mehr arbeitsfähig sind. Der Mitglieder-schwund machte sich auf die politische Arbeit stark bemerkbar. Das fehlende Interesse an der politischen Arbeit bei den Jungsozialisten wurde allerdings nicht ausreichend erklärt: Es wurde gesagt, der Druck der Partei-Rechten auf Sozialisten habe zugenommen; weiterhin sei das Interesse gesunken, da viele Genossen das Vertrauen in eine sozialistische Zukunft über die SPD verloren hätten. Obwohl diese Argumente nicht gänzlich falsch sind, wird auch an ihnen klar, daß die Jusos bisher ohne klare Perspektive gearbeitet haben: Die Arbeiter und Angestellten orientieren sich in ihrer Über großen Mehrheit an der SPD (siehe z.B. letzte Bundestagswahl). Im Zeichen der wirtschaftlichen Krise des Kapitalismus nimmt der Druck auf die Arbeiterklasse zu. Die Reaktion der einzelnen Arbeiter oder der Klasse insgesamt spiegelt sich auch im Verhalten der Arbeiterorganisationen, dem DGB und der SPD, wieder. In wirtschaftlichen Krisensituationen zeigt sich deutlich, ob deren Führer die Interessen ihrer Mitglieder und Anhänger verteidigen wollen und ob sie ein Programm anbieten können, daß grundsätzlich die Probleme der Arbeitenden Menschen zu lösen vermag. Diese klare Erkenntnis, die die Geschichte in vielen Beispielen bestätigt hat, ist allerdings vielen Genossen verborgen geblieben. So läßt sich auch erklären, daß viele Jungsozialisten nicht wissen, wie sie politisch arbeiten sollen, welche Vorstellungen sie offensiv in SPD und Gewerkschaften zu vertreten haben und welche Perspektiven und Entwicklungen sie zu erwarten haben.

Auf der Konferenz hat sich dies personell insofern klar dargestellt, daß die meisten Genossen antikapitalistisch eingestellt waren, aber keine klaren Perspektiven vor Augen hatten. Eine kleine Gruppe, hauptsächlich vertreten im alten und neuen Bezirksvorstand, bereitet sich - abgehoben von der eigenen Basis - auf eine Juso-Karriere vor, und diese endet oftmals - siehe

Wolfgang Roth und Karsten D. Voigt - in Bundes- oder Landtagen, wo sie dann auf partei-rechte Positionen getrimmt werden. Im Arbeitskreis Jugendarbeitslosigkeit lag als Diskussionsvorlage das sogenannte "Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit" vor, das vom Juso-Bundesvorstand als Probleme 24 veröffentlicht worden ist (siehe auch VORAN Nr. 16/76: dort ist eine ausgezeichnete Kritik dazu erschienen, die ich hier nicht wiederholen will.). Im allgemeinen sind die Vorschläge des "Sofortprogramms" mit Zustimmung aufgenommen worden. Dies macht meines Erachtens deutlich, daß viele Genossen - wenn auch unbewußt - unterstützen, daß die Krisenlasten auf die Arbeiter abgewälzt werden. Oder was ist es anderes, wenn Bund, Länder und Gemeinden aufgefordert werden, mit Steuermitteln Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitzustellen oder zu finanzieren? Auch fordern die Jusos mit der Annahme und Unterstützung dieses "Sofortprogramms" praktisch eine "Konzertierte Aktion" aus Vertretern von Stadt, DGB, Arbeitgebern und Arbeitsamt.

Es ist klar, daß Marxisten jede Reform unterstützen, die der Arbeiterklasse Vorteile bringt. Aber diese Reformen auf "die Fahnen zu schreiben", ohne den grundsätzlichen Charakter des Kapitalismus, seine Krisenhaftigkeit, sein Widerstandswillen gegen jede wirkliche Reform aufzuzeigen, bringt den Arbeitern letztlich nur Enttäuschung und kann zur Abwendung von sozialistischen Ideen führen. Deshalb ist es wichtig, immer zu betonen, daß nur in einer sozialistischen Planwirtschaft mit Arbeiterverwaltung und -kontrolle die wirtschaftliche Zukunft der Arbeiter gesichert werden kann. Als dies ein Vertreter von VORAN ausführte, bekam er spontan viel Beifall.

Auch wenn viel Negatives über die Konferenz berichtet werden mußte, bleibt einiges Positives: Zum einen beschlossen die Jungsozialisten eine Fachkonferenz zum Thema Jugendarbeitslosigkeit - sicherlich ein Ansporn für andere Juso-Bezirke, ähnliches zu tun. Zum zweiten konnte festgestellt werden, daß mehr arbeitende Jugendliche als Delegierte an der Konferenz teilnahmen. Auch VORAN konnte einen Erfolg verbuchen: Praktisch jeder zweite Delegierte kaufte ein Exemplar.

Hubert Batsch Juso-AG Arolsen

JUSOS NIEDERRHEIN: UMORIENTIERUNG - ABER WIE?

Personalangelegenheiten und eine nur sehr geringe politische und inhaltliche Auseinandersetzung kennzeichneten - man muß in zwischen sagen: wieder mal - den Ablauf der letzten Bezirkskonferenz des Juso-Bezirks Niederrhein in Mönchengladbach-Rheydt, auf der ein neuer Bezirksvorstand gewählt wurde.

Obwohl der Rechenschaftsbericht eine Menge diskussionswürdiger Punkte enthielt, hatten viele Delegierte offenbar den Ehrgeiz, bereits bei der Rechenschaftsdiskussion die dem Tagesordnungspunkt "Wahlen" vorbehaltene Personaldebatte zu eröffnen. So geriet diese Diskussion teilweise zu einem Hick-Hack zwischen einzelnen Delegierten und Vorstandsmitgliedern.

Von besonderem Interesse erschien der Beitrag des Genossen Michael Müller (BuVo). Er kritisierte mit zum Teil markigen Worten bisherige Juso-Politik in Sachen "Antikapitalistische Struktur-reformen" sei bisher in der Praxis nichts erreicht worden; man habe es versäumt, Arbeiter anzusprechen und sich eine Basis in Betrieb und Schule zu schaffen; ein Grund hierfür liege auch in der akademisch studentischen Struktur der Jusos; die Juso-Politik müsse endlich mal umorientiert werden.

Wenn der Genosse Müller dies so meinte wie er es auf der Konferenz ausdrückte, dann kommt seine Rede einer Bankrott-Erklärung aller Juso-Politik gleich.

Die Jusos können sich in der Tat keine Basis in Betrieben (vor allem dort!) und Schulen schaffen, solange sie sich vorwiegend in Hochschulen und Kommunalpolitik verzetteln. Dies hat VORAN in fast jeder Ausgabe betont. Notwendig ist eine Umorientierung der Jusos hin zu jungen Arbeitern auf der Basis eines klaren marxistischen Programms.

Auch an Theoretischem waren vom Genossen Müller zumindest ungewöhnliche Töne zu hören: der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei keine Frage einer "Scheibchen-Theorie" sondern ein "Akt zugespitzten Klassenkampfes". Bleibt nur noch abzuwarten, ob sich dies als eine Sonntagsrede entpuppt, oder ob der BuVo sich diesen kritischen und kämpferischen Worten anschließt und vor allem, ob er sie in die Tat umsetzt.

Die BDK zeigte jedenfalls wenig Neigung dazu: brisante Punkte im Rechenschaftsbericht wurden nur gestreift. Sa heißt es dort zum Beispiel, daß es Aufgabe der Jusos sei die SPD wieder "zu einer re-

formistischen Partei zu machen"; im Bereich Schülerpolitik ist von "machbaren Zwischenschritten" die Rede, die innerhalb der bestehenden Grenzen durchsetzbar seien. Dies ist nicht mal mehr "Scheibchen-Theorie" auf dem Weg zu Sozialismus, sondern schon ein Schritt dahinter!

Bei der anschließenden Personal- und Sachdebatte stand stundenlang die Hochschulpolitik wiederum im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. (Ein Delegierter: "Schämt ihr euch eigentlich nicht, bei einer Arbeitslosenquote von über 1 Million zwei Stunden über Hochschulpolitik zu reden?")

Am Ende der Konferenz gab es sicher kaum einen Delegierten, der wesentliche Impulse für seine Arbeit vor Ort mit nach Hause nehmen konnte. Kein Wort darüber, wie die Umorientierung auf Jungarbeiter in der Praxis verwirklicht werden kann und vor allem: mit welchem Programm und welchen konkreten Forderungen man junge Arbeiter und Auszubildende ansprechen will. Wer es ernst meint mit der Umorientierung des Verbandes, der muß endlich daran gehen, ein Kampfprogramm mit konkreten Forderungen wie

- ein garantierter Ausbildungsplatz für jeden,
- Streikrecht auch für Auszubildende,
- Ausbildung raus aus Unternehmerhand und unter demokratische Kontrolle von Staat, Gewerkschaft und Betroffenen aufstellen. Gleichzeitig muß verdeutlicht werden, daß die Durchsetzung und Absicherung dieser Forderungen nur gelingt, wenn die Macht in dieser Gesellschaft nicht mehr in den Händen weniger ruht sondern von der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung ausgeht. Deshalb verbindet sich der Kampf für diese elementaren Rechte der Jugendlichen sogleich auch mit den zentralen Forderungen nach
- Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken unter demokratischer Arbeiterkontrolle
- Planung der Wirtschaft durch demokratische Willensbildung aller Schichten der arbeitenden Bevölkerung.

Ein solches Programm wäre die Grundlage für die vielbeschworene Umorientierung der Jusos, auf deren Basis die Jungarbeiter vor Ort konkret angesprochen und mobilisiert werden könnten.

Olaf Meindl (Juso im Bezirk Niederrhein)

England: Krise des Kapitalismus

KURT PFEIFLE

DER NIEDERGANG GROSSBRITANNIENS VOM EINSTIGEN WELTREICH ZU EINEM DRITTRANGIGEN KAPITALISTISCHEN LAND IST NICHTS ANDERES ALS EIN SPIEGELBILD DER ZUKUNFT ALLER KAPITALISTISCHEN INDUSTRIELÄNDER. WAS SIND DIE URSACHEN FÜR DIESEN NIEDERGANG ?

Das erwachende Nationalbewußtsein der Kolonialvölker nach dem 2. Weltkrieg führte zum Verlust und zur Unabhängigkeit aller ehemaligen Kolonien Englands, die wirtschaftlich bis zum letzten Blutstropfen ausgepreßt worden waren. An dem ungeheuren weltweiten Nachkriegsaufschwung hatte das Land nur einen geringen Anteil.

Schon Marx hatte im vorigen Jahrhundert festgestellt, daß es Perioden gibt, in denen die Kapitalisten vergessen, daß wirklicher materieller Reichtum nur durch Investitionen in die warenproduzierende Industrie entsteht. Genau diese ihre Aufgabe erfüllte die britische herrschende Klasse nicht im erforderlichen Ausmaß. Stattdessen war sie auf der Jagd nach kurzfristigen (und höheren) Gewinnen durch alle Arten von Spekulationen. Spekulation schafft jedoch keine neuen Werte. Und wo es Spekulation gibt, da gibt es auch Verlierer !

DIE FOLGEN :

- Das durchschnittliche Wachstum der Industrieproduktion in der Periode 1955-75 betrug in Japan 13,3 % pro Jahr, in der BRD 5,9 % und in GB nur 3 % !

- Die britische Industrie ist hoffnungslos veraltet und nicht mehr konkurrenzfähig !

- Deshalb fiel der Anteil des Landes am Welthandel seit 1963 von 16 % auf 8 % für 1974, in der Motorradbranche fiel der Anteil am Weltmarkt von einstmalig 90 % auf 2 % !!

- 1969 wurden 30,4 % aller Halbfertig- und Fertigprodukte, die in GB verkauft wurden, aus dem Ausland importiert. 1976 waren es bereits über 50% !!

- geschenkte Subventionen des Staates an die Privatunternehmen betragen 1976 rd. 10,4 Mrd. DM. Demgegenüber betragen die Investitionen in die Industrie nur 12 Mrd. DM !!

- die Anzahl der Arbeitslosen beträgt 1,5 Mio. und steigt weiter !!

- 4,5 Millionen Menschen sind zum Überleben auf die kärgliche Sozialhilfe angewiesen, das sind 8 % der Bevölkerung !!

- sogar nach offiziellen Statistiken ist der durchschnittliche Lebensstandard seit 1973 um 5 % gefallen !!

Profite

Solange die Profitrate bei der gegenwärtig niedrigen Höhe von 2,5 % bleibt, besteht keine Aussicht auf massive Zunahme der Investitionen. Deshalb haben die Unternehmer über ihre Sprachrohre in vielen Kommentaren der bürgerlichen Presse eine Erhöhung der Profitrate auf 10 % verlangt.

Profite sind die "unbezahlte Arbeit der Arbeiterklasse" (Marx), und deshalb müssen für diesen Zweck ungeheure Angriffe auf den Lebensstandard der breiten Massen stattfinden. Das Kapital hat bereits die jetzt amtierende Labour-Regierung massiv unter Druck gesetzt, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen.

Kürzungen

Es sind noch weitere Ausgabenkürzungen geplant oder bereits erfolgt, in einer Höhe von (vorerst) 12 Mrd. DM: Da dies vor allem auf Kosten der Sozialausgaben geht, hat dies unter anderem dazu geführt, daß im Winter pro Woche etwa 700 Rentner starben, weil sie mit Heizung, Essen und Arznei nicht ausreichend versorgt waren...

Die reformistische Politik führte in der Krise zu einer Politik der Konterreformen.

Gewerkschaft

Die Labour-Regierung hat mit dem Gewerkschaftsbund TUC einen sogenannten "Sozialkontrakt" abgeschlossen, der eine Lohnbeschränkung auf 4,5 % vorsieht, und das bei einer Inflation von 16 % ! Dafür hat Schatzkanzler Healey versprochen, die Teuerungsrate auf 10 % zu senken. In den letzten Monaten ist aber die Inflation noch weiter gestiegen.

Die herrschende Klasse wird erst dann die Regierung stürzen, wenn sie in den Augen der Arbeiter in Verruf gebracht worden ist und wenn sie nicht mehr auf die die Unterstützung der Gewerkschaften rechnen kann. Deshalb hat die Konservative Partei schon mehrmals darauf verzichtet, der Regierung eine Abstimmungsniederlage beizubringen (obwohl es möglich gewesen wäre), was zum sofortigen Sturz der Regierung geführt hätte. In der Zwischenzeit benutzt sie das Oberhaus, in dem nur die nicht gewählten, von der Queen geadelten Lords sitzen, um alle Gesetze abzublocken, die nicht in ihr Konzept passen.

RADIKALISIERUNG

Währenddessen wächst die Unruhe der einfachen Mitglieder an der Basis: - Am 17. Nov. '76 demonstrierten 70 000 Gewerkschafter mit offizieller Unterstützung des Labour-Parteivorstandes gegen die Regierungspolitik der Kürzungen und forderten den Wechsel zur sozialistischen Politik!

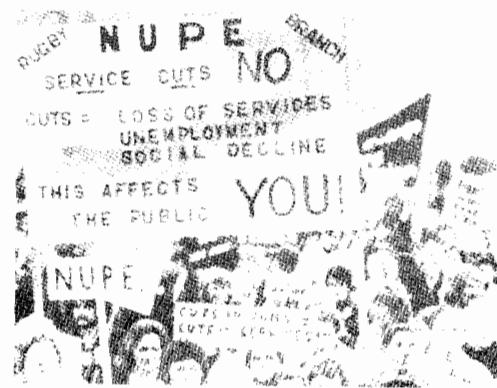
- Auf dem Parteitag in Blackpool wurde gegen den massiven Einsatz der Regierungsmitglieder mit einem Stimmenverhältnis von 6:1 die Verstaatlichung von Banken und Versicherungen gefordert. Callaghan weigerte sich, dies für die Regierungspolitik als bindend anzuerkennen.

- Mehrere rechte Abgeordnete wurden schon von ihren Wahlkreisorganisationen als Kandidaten für die nächste Wahl abgewählt! Andere Abgeordnete sind von einem solchen Verfahren akut bedroht. All dies zeigt eindeutig die wachsende Entfremdung und Isolierung der Regierung von ihrer Basis.

Es ist sehr wahrscheinlich, daß der "Sozialkontrakt" bald auseinander brechen wird. Die Kritik an der "Lohnpause" ohne Gegengabe wächst. Die Polizisten wollen eine 10%ige Lohner-

höhung und drohen mit Streik. Außerdem werden Forderungen immer lauter, eine Angliederung an den Gewerkschaftsbund TUC anzustreben, was ihnen bislang untersagt wird.

Die herrschende Klasse sieht diese Entwicklung mit Schrecken. In allen Zeitungskommentaren wurde festgestellt, daß in diesem Falle die Polizei nie mehr gegen Streikposten eingesetzt werden könnte.



TRIBUNE

Unter den einfachen Mitgliedern der Partei hat der rechte Flügel kaum noch Rückhalt. Die Mehrheit unterstützt die linksreformistische "Tribune"-Tendenz. In der Parlamentsfraktion gibt es 60-80 "Tribune"-Anhänger.

Eine der Hauptforderungen der "Tribune" ist die nach Importkontrollen und -beschränkungen, um der einheimischen Industrie wieder auf die Sprünge zu helfen. Dies ist ein völlig utopisches Programm, das auf keinen Fall die Krise lösen wird:

1. Importbeschränkungen würden nur die Arbeitslosigkeit exportieren (weil der englische Markt für die ausländischen Konkurrenten plötzlich wegfallen würde), aber nicht grundsätzlich abschaffen.
2. Es ist völlig naiv anzunehmen, die ausländischen Konkurrenten ließen sich ihre Märkte beschneiden, ohne mit Vergeltungsmaßnahmen zu antworten. Einseitige Handelsbeschränkungen eines einzelnen Landes in einer Wirtschaftskrise würden sofort zu einem Handelskrieg führen, der die EG zerstören würde.
3. Ohne den Konkurrenzdruck des Auslandes würde die britische Industrie noch schneller veralten, würden die Preise noch schneller steigen.

MILITANT

Als einzige echte Alternative zur Politik der Kürzungen fordern die Anhänger der marxistischen Wochenzeitung "MILITANT" die Verstaatlichung der 250 größten Konzerne unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung, bei minimaler Entschädigung, und den Aufbau einer demokratisch geplanten sozialistischen Wirtschaftsordnung. Wenn man auf kapitalistischer Grundlage verbleibt ist die Krise nicht zu lösen, außer auf dem Rücken der Arbeiterklasse. "MILITANT" hat bei den britischen Jusos (LPYS) schon seit mehreren Jahren mehr-

heitliche Unterstützung. Seither haben sich die LPYS zu einem Kampfverband von Lehrlingen und Jungarbeitern verwandelt.

Je mehr sich die Unzulänglichkeit einer reformistischen Politik in der Krise in den Augen der fortgeschrittenen Arbeiter zeigte, umso mehr wuchs auch der Einfluß von "MILITANT" als der einzigen Alternative in Partei und Gewerkschaft. Beim letzten Parteitag waren es eindeutig MILITANT-Anhänger ("MILITANT" bedeutet übrigens "der Kämpfer" auf englisch), welche die breite Opposition gegen den Regierungskurs anführten. Andy Bevan, der Vorsitzende der LPYS, wurde vom Parteitag zum hauptamtlichen 'Nationalen Jugendobmann' gewählt. Jedes aktive Parteimitglied weiß, daß er das MILITANT-Programm voll und ganz vertritt.

Je mehr die Partei-Rechten in der Regierung sich dem Diktat des Kapitals unterworfen haben, desto mehr haben sie auch Angriffe auf den linken Parteiflügel und besonders die für sie unbequemen Marxisten gestartet. Der wachsende Einfluß des marxistischen Flügels war für die bürgerliche Presse der Grund, in den letzten Monaten eine hysterische Hetzkampagne gegen MILITANT, Andy Bevan und die LPYS zu starten. Die Hetzjagd ging von denselben Leuten aus, die sonst immer gegen die Gewerkschaften hetzten und jetzt diesen und der Partei plötzlich gute Ratschläge gegen "linksextremistische Unterwanderung und trotzkistische Umtriebe" geben wollten.

Kein Wunder, daß die ungeheuerlichen Verleumdungen nur das ehrliche Interesse einfacher Mitglieder und Gewerkschaftler an der Politik MILITANTs noch mehr weckten: die Auflage von MILITANT hat sich vervielfacht; der Herausgeber und Andy Bevan gaben schon mehrere Live-Interviews in Funk und Fernsehen; landauf landab finden in allen Städten öffentliche Versammlungen vor Hunderten von Zuhörern statt, die von MILITANT-Anhängern zum Thema "Die Wahrheit über MILITANT" organisiert werden.

Sobald der "Sozialkontrakt" zerbrechen wird, wird auch die jetzige Labour-Regierung stürzen. Die herrschende Klasse wird ihre letzte Trumpfkarte ausspielen und wird eine sogenannte "Regierung der nationalen Einheit" d. h. eine Koalition aus Konservativen, Liberalen und rechtem Labourflügel ins Amt bringen. In Zeitungskommentaren taucht dieses Gespenst jetzt immer häufiger auf. Ein solcher Schritt würde jedoch die Labour-Party in zwei Teile spalten, wobei die Mehrheit der Basis mit dem linken Flügel gehen würde und die Rechten im Parlament isoliert blieben. Das ist auch der Hauptgrund, warum die herrschende Klasse diesen Schritt noch immer nicht vollzogen hat: Sie fürchtet eine Arbeiterbewegung, die nicht mehr unter der Kontrolle der Labour-Rechten ist. Der Zeitpunkt der Entscheidung rückt jedoch immer näher, je mehr sich die Regierung durch ihre eigene Politik in Mißkredit bringt, je mehr Nachwahlen für Labour deshalb verloren gehen.

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma wäre es, die Forderungen aus dem Wahlmanifest von 1974 durchzusetzen und die 250 größten Konzerne zu verstaatlichen (in der Weise wie oben angeführt). In jedem Falle wird in Großbritannien schon in naher Zukunft die Errichtung einer Arbeiterdemokratie auf der Tagesordnung stehen. Die Marxisten um die Wochenzeitung MILITANT herum werden in diesem Kampf eine entscheidende Rolle spielen. Ihre Arbeit wird auch die Entstehung und das Wachstum marxistischer Flügel in den anderen Arbeiterparteien Europas beschleunigen.

WAS SPIEGEL-LESER NICHT WISSEN DÜRFEN

ENGLAND

Geruch von Rubel

Die Ernennung eines Trotzkisten zum Jugendobmann der Labour-Partei verschärft die Gegensätze in der britischen Regierungspartei.

Das deutsche Nachrichten-Magazin "Der Spiegel" hat die Ernennung eines Trotzkisten zum Jugendobmann der Labour-Partei verschärft die Gegensätze in der britischen Regierungspartei.

In der Spiegel-Ausgabe Nr. 3 vom 10. Januar 1977 erschien ein Artikel über die angebliche "Unterwanderung" der Labour Party durch ein "trotzkistisches Grüppchen". In diesem Artikel wurden einfach Behauptungen der bürgerlichen Presse und des rechten Labour-Flügels wiedergegeben, ohne daß der beschuldigte Andy Bevan selbst gefragt wurde. Er enthält eine Reihe Verleumdungen, Verzerrungen und Unterschlagungen. Der Leserbrief eines Genossen zur Richtigstellung einiger Dinge ist im Spiegel nicht erschienen. Deshalb drucken wir ihn hier ab. Auch die "liberale" Presse in der Bundesrepublik scheint kein Interesse an der Wahrheit zu haben.

Als ehemaliges aktives Mitglied der Labour Party und der britischen Jungsozialisten (LPYS) möchte ich zu dem o. g. Artikel folgendes feststellen:

1. Der "Trotzkist Bevan" ist seit über 7 Jahren Mitglied der Labour Party und seit 1973 Vorsitzender der britischen Jungsozialisten, die bezeichnenderweise in dem Artikel nicht erwähnt werden.

2. Es waren gerade die LPYS, die durch konzentrierten Großeinsatz in Kippwahlkreisen bei den beiden Unterhauswahlen 1974 der Labour Party die entscheidenden Sitze errungen haben.

3. Aufgrund seiner erfolgreichen Arbeit wurde Andy Bevan 1976 zweimal vom Parteivorstand und - nach Protesten des rechten Parteiflügels gegen diese Entscheidung - auch vom Parteitag 1976 mit überwältigender Mehrheit zum nationalen Jugendobmann gewählt.

4. Als Vorsitzender der LPYS hat er das

Recht aller LPYS-Mitglieder auf freie und ungehinderte Meinungsäußerung und die Rechte politischer Minderheiten innerhalb der LPYS durchgesetzt, ihre eigenen Dokumente zu politischen Fragen auf LPYS-Kosten zu drucken.

5. MILITANT ist nicht das Organ "trotzkistischer Eindringlinge", sondern die marxistische Wochenzeitung, die von der breiten Mehrheit der LPYS und einer wachsenden Anzahl älterer Parteimitglieder unterstützt wird. Die wahren Eindringlinge sind die rechten Karrieristen, die die Partei nur als notwendiges Übel zur Erlangung eines Unterhaus-sitzes mißbrauchen und sich nicht an die Beschlüsse des Parteitags halten.

6. MILITANT wird nicht "in Rubel bezahlt", sondern aus den Pennies und Pfunden zehntausender Arbeiter unterstützt. Der Spendeneingang wird wöchentlich detailliert in der Zeitung veröffentlicht.

7. Die Hauptparole der LPYS und von Militant ist nicht der "politische Streik", son-

dern die Durchführung des Wahlmanifests der Partei von 1974 durch Verstaatlichung der Großkonzerne und Banken, demokratische Arbeiterkontrolle und -verwaltung innerhalb eines geplanten Wirtschaft bei minimaler Entschädigung, um Krisen, Hunger und Armut für immer auszurotten.

8. Der wachsende Einfluß der politischen Ideen von Militant in der Labour Party wurde dank einer hysterischen Pressekampagne gegen Andy Bevan, LPYS und Militant in den letzten Monaten noch beschleunigt. Die Auflage der Zeitung hat sich vervielfacht.

9. Die LPYS halten jedes Jahr zu Ostern in Blackpool ihren Kongreß ab, um jedermann die Möglichkeit zu bieten, sich aus erster Hand zu informieren.

REMSCHIED

Greg Powell

P. S. : Spiegel-Korrespondenten und -Leser können sich in Zukunft direkt bei Andy Bevan informieren über: National Youth Officer, The Labour Party, Transport House, Smith Square, LONDON SW 1.

VORAN

Der Widersinn besteht darin, daß aus kapitalistischer Sicht zuviel produziert wird, während es der Bevölkerung zunehmend mangelt an lebensnotwendigen Gütern und immer größere Opfer abverlangt werden.

der Produktivkräfte, der durch ein hohes Maß an Rationalisierung, Technisierung und Spezialisierung gekennzeichnet ist und ungeheure Produktionsmöglichkeiten bietet - bei minimalem Einsatz von menschlicher Arbeitskraft. Nein, nicht Rückgängigmachung dieser Entwicklungen dient

KAPITALISTISCHE ANARCHIE ODER SOZIALISTISCHER PLAN

VON
JOACHIM HEUCK
(Juso-AG Hamburg-
Winterhude)

Nach dem zweiten Weltkrieg, der sich aus der schweren Krise der dreißiger Jahre heraus entwickelt hatte, erlebte der Kapitalismus weltweit den längsten wirtschaftlichen Aufschwung seiner Geschichte. Inzwischen ist das "Goldene Zeitalter" des Kapitalismus zu Ende gegangen und hat einer neuen Epoche schwerer Rezessionen, sozialer Krisen und wirtschaftlicher Anarchie Platz gemacht, an deren Anfang wir uns erst befinden. 15 Millionen Arbeitslose in der westlichen Welt, ein sinkender Lebensstandard für die Masse der Lohnabhängigen - und das mitten in einem sogenannten Aufschwung! - sind eine vernichtende Anklage des Profitsystems und eine niederschmetternde Antwort für alle diejenigen, die von seiner Anpassungsfähigkeit und Überlegenheit faseln.

Jede Gesellschaftsordnung muß sich an dem Maßstab messen lassen, ob sie dem Fortschritt der Menschheit dient. Die Lebensverhältnisse der Menschen sind grundlegend bestimmt durch ihre materiellen Bedingungen, das heißt ihre Ausstattung mit Gütern zur Befriedigung von Bedürfnissen, das Ausmaß der frei verfügbaren Zeit, die neben der in dem Produktionsprozeß einfließenden Arbeitszeit noch verbleibt. Diese Faktoren sind andererseits abhängig von der Verfeinerung und Fortentwicklung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, der sich im technischen Fortschritt ausdrückt. Technischer Fortschritt ist nur ein anderer Begriff für das Wachstum der Produktivität der gesellschaftlich eingesetzten Arbeit.

Es kommt zustande durch Verbesserung der Maschinerie, rationellere Organisation der Produktion, erhöhte Ausbildung und Qualifikation der Arbeiter. Das Ergebnis wachsender Arbeitsproduktivität kann eine Mehrproduktion von benötigten Gütern oder eine Herabsetzung der erforderlichen Arbeitszeit sein (oder eine Kombination von beiden). Somit ist das Wachstum der Arbeitsproduktivität in einer Gesellschaft - die Entwicklung der Produktivkräfte - der objektivste, unbestreitbarste Maßstab für den Fortschritt. Eine der großen Leistungen der von Karl Marx entwickelten Lehre ist es nun, den Zusammenhang aufgezeigt zu haben zwischen den in der Geschichte der Menschheit aufgetretenen Gesellschaftsformen (angefangen bei der Urgesellschaft über die Sklavenhaltergesellschaft, den Feudalismus, den Kapitalismus, bis zum Sozialismus) und der jeweiligen Entwicklung der Produktivkräfte: Jede Gesellschaftsform konnte sich nur solange halten, wie sie die Entwicklung der Produktivkräfte vorantrieb. Waren ihre Produktionsverhältnisse zu einem Hemmnis für weiteren Fortschritt geworden, dann wurden sie über kurz oder lang abgelöst von der nächst höherentwickelten Gesellschaftsform. Natürlich sind solche Umwälzungen immer begleitet gewesen von heftigen Kämpfen zwischen den gesellschaftlichen Kräften, die die jeweils alte und neue Ordnung vertraten - denn keine herrschende Klasse hat ihre Macht und ihre Privilegien jemals ohne den erbittertsten Widerstand aufgegeben. Aber immer wieder bestätigte sich das Grundgesetz der Geschichte: der Sieg fällt letzten Endes derjenigen Gesellschaftsordnung zu, die der menschlichen Gesellschaft das höhere Wirtschaftsniveau sichert.

So wurde der Feudalismus in den bürgerlichen Revolutionen durch den Kapitalismus abgelöst, der für eine ganze Epoche eine fortschrittliche Rolle hinsichtlich der Entwicklung der Produktivkräfte spielte. Er beseitigte die feudale Kleinstateerei durch die Schaffung des Nationalstaates, baute Zollgrenzen ab und trieb Technik und Industrialisierung machtvoll voran. Durch die Entwicklung des Weltmarktes wurden sogar die ersten Schritte in Richtung auf internationale Arbeitsteilung eingeleitet. Doch dieser Prozeß kann auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse nicht dauerhaft fortgeführt werden. Welthandelskrisen und Protektionismus (Errichtung neuer Zollschränken, Einfuhrbegrenzungen) beweisen, daß der erbitterte Kampf um

Märkte für den in Schwierigkeiten gekommenen Kapitalismus der vorherrschende Grundsatz ist im Verhältnis zwischen den nationalen Kapitalistenklassen - Konkurrenz bis auf's Messer statt internationale Kooperation und Arbeitsteilung zum Wohle der gesamten Menschheit. Der Nationalstaat ist inzwischen zum Hindernis für die freie Entwicklung, Entfaltung und sinnvolle Aufeinanderabstimmung der Produktivkräfte im weltweiten Maßstab geworden.

In jedem einzelnen kapitalistischen Land wie auch international ist das Profitsystem an seine Grenzen gestoßen: Überproduktionskrisen und die damit zusammenhängende Massenarbeitslosigkeit, Angriffe auf den Lebensstandard, riesige staatliche Defizite im Innern sowie ein immer unerträglicher Kampf um Absatzmärkte auf dem Weltmarkt stehen auf der Tagesordnung und werden in ihrer Schärfe weiter zunehmen.



Der britische Handelsminister erklärte laut Frankfurter Rundschau vom 26.1.77: "Der internationale Handel ist kein Liebespiel. Er ist ein Krieg."

Der internationale Kapitalismus ist im wahren Sinne des Wortes reaktionär geworden, d.h. er ist nicht nur unfähig, die Entwicklung der von ihm beherrschten Völker weiter voranzutreiben, sondern er ist zu einer Fessel für den Fortschritt der Menschheit geworden.

Nur eine machtvolle Steigerung der Produktivkräfte international und eine richtige, planmäßige - d.h. sozialistische Organisation von Produktion und Verteilung kann den Menschen - allen Menschen - in Zukunft ein würdiges Lebensniveau sichern. Befreiung von den Fesseln des Privateigentums und der nationalstaatlichen Konkurrenz, kann die neue Ordnung den Menschen befähigen von den blinden, unkoordinierten Kräften des Marktes und von dem Zwang, der körperlichen Arbeit den Hauptteil seines Lebens widmen zu müssen. Er wird seine Wirtschaft erstmalig bewußt kontrollieren und frei - d.h. nach einem Plan - aufbauen können.

Die von Marx vor über 100 Jahren aufgezeigten Entwicklungstendenzen des Kapitalismus haben sich in allen wesentlichen Punkten erneut bestätigt:

Die ständige Rationalisierung der Produktion - ein Zwangsgebot für den einzelnen Kapitalisten, will er nicht aus dem Markt gedrängt werden - könnte unter sozialistischen Vorzeichen als segensreiches Mittel zur Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit genutzt werden. Sie führt jetzt jedoch wegen des Fehlens profitabler Absatzmöglichkeiten zur Herausbildung einer ständigen und weiter anwachsenden "Reservearmee" von Arbeitslosen. Die Kapitalistenklasse tut einerseits alles, um das Lohnniveau der Arbeiterklasse zu drücken, um ihre Profite zu erhöhen, andererseits untergräbt sie sich damit gleichzeitig ihre Absatzmärkte. Da die abzusetzende Menge von Waren aber aufgrund der Rationalisierung und Automation der Produktion eigentlich ständig größer wird, kommt es zu den sogenannten "Überproduktionskrisen" - d.h. die bei Ausschöpfung aller menschlichen und technischen Mittel mögliche Produktionsmenge kann wegen der durch Niedrighaltung der Löhne begrenzten Kaufkraft der Bevölkerung nicht mit ausreichendem Profit abgesetzt werden.

Im Verlauf dieser "Überproduktionskrisen" wird die Produktion gedrosselt und das Heer der Arbeitslosen neu aufgefüllt.

Die Anarchie des kapitalistischen Marktes treibt dann von Zeit zu Zeit ganz besonders verrückte Blüten: Regierungen zahlen Prämien an Bauern, damit diese ihre Weizenproduktion drosseln (USA), während in demselben Land 20 % der Bevölkerung offiziell als "arm" ausgewiesen sind und in anderen Teilen der Welt Millionen verhungern. Europäische Bauern schütten riesige Mengen von Tomaten auf Müllplätze und dergleichen mehr.

In allen kapitalistischen Ländern werden die arbeitenden Menschen aufgefordert, "den Gürtel enger zu schnallen" - nur damit die Reichen, die Kapitalisten noch höhere Profite machen können.

Auch die marx'sche These über die zunehmende Konzentration des Kapitals, die gleichzeitige Verdrängung der Mittelschichten und das Anwachsen des Anteils der Lohnabhängigen an der Bevölkerung hat sich voll und ganz bestätigt. Immer mehr Selbständige werden von der überlegenen Macht des Großkapitals an die Wand gedrückt und in das Heer der Arbeiter und Angestellten gedrängt. Wettbewerb - einst schöpferischer Motor und Rechtfertigungsgrundlage des Kapitalismus - ist auf vielen Märkten der westdeutschen Wirtschaft zu einer hohlen Phrase, zu einem Begriff aus der Vergangenheit geworden. Selbst die bestimmt nicht "linksästige" Monopolkommission stellte in ihrem ersten umfassenden Gutachten die weitgehende und zunehmende Einschränkung und teilweise Aufhebung des Wettbewerbs fest. Wenige Großkonzerne beherrschen die Wirtschaft der Bundesrepublik. Kartelle teilen die Märkte unter den beteiligten Unternehmen auf.

Jährlich werden einige hundert Fusionen vorgenommen (trotz der vielbeschworenen Fusionskontrolle, die praktisch nie eingreift!) Giganten werden immer mächtiger, die Abhängigkeit der Wirtschaftspolitik von ihrem Verhalten immer größer. Ihre Entscheidungen bestimmen die Entwicklung der privaten Investitionstätigkeit, des Wirtschaftswachstums, der Arbeitslosigkeit.

Die Wettbewerbsapostel in Gestalt liberaler Wirtschaftswissenschaftler fordern angesichts dieser Lage eine Stärkung und Wiederherstellung des Wettbewerbs durch Förderung kleiner und mittlerer Betriebe, durch Ausweitung der Fusionskontrolle, ja unter Umständen sogar durch Teilentflechtung von Großkonzernen. Abgesehen von der Frage der Durchsetzbarkeit unter den gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen (an denen diese Leute natürlich nichts ändern wollen) müssen Marxisten dem entgegenhalten:

Diese Vorschläge laufen darauf hinaus, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, die Tage des frühen, noch dynamischen Kapitalismus zurückzubringen. Aber die Zeit des freien Wettbewerbs zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, die Zeit der Produktionsstätten mit 100 Arbeitern, der Familienbetriebe und Handwerksstätten ist vorbei!

Die Zusammenballung von Produktionskapazitäten in Großunternehmen ist doch gerade Ausdruck des hohen Entwicklungsstandes

den Menschen, sondern deren volle Nutzbarmachung zum Wohle aller.

Unter Leitung der Kapitalisten führt Rationalisierung zu Entlassungen und wird die Produktionskapazität nicht ausgenutzt (die Kapazitäten der Industrie sind derzeit nur zu 70-80 % ausgelastet).

So dient der Produktionsprozeß nicht dem Arbeiter, sondern der Arbeiter dem Produktionsprozeß und den ihn kontrollierenden Kapitalisten. Deshalb müssen die Großkonzerne (wie auch die Banken und Versicherungen) der Kontrolle durch das Kapital entrissen werden und in die demokratische Verfügungsgewalt der ganzen Gesellschaft überführt werden - dann könnten die ungeheuren Produktionsmöglichkeiten - auf der Basis einer demokratischen Planwirtschaft - durch die bewußte Kontrolle und Gestaltung der Arbeiter optimal ausgenutzt werden, dann könnten Rationalisierungen zur Verminderung der allgemeinen Arbeitszeit führen und zu einem höheren Versorgungsniveau für alle.

Wir stehen erst am Anfang einer langen anhaltenden Periode des Niedergangs dieses Systems mit der sicheren Aussicht einer Wiederkehr der katastrophalen Zustände der 20er und 30er Jahre, WENN NICHT DIE ARBEITERKLASSE DEN TODESKAMPF DES SIE AUSBEUTENDEN SYSTEMS VERKÜRZT, DAS SYSTEM EIN FÜR ALLE MAL BEENDET UND IHR SCHICKSAL ENTSCLOSSEN IN DIE EIGENE HAND NIMMT! wird fortgesetzt



SPENDET FÜR VORAN!

Seitdem unsere Spendenappelle in den letzten beiden Ausgaben von VORAN erschienen sind, ist schon einiges an Spenden bei uns eingegangen.

Ein 63-jähriges SPD-Mitglied hat uns 25 DM gespendet, in der Hoffnung daß wir so weiter machen wie bisher.

Beim VORAN-Verkauf in SPD-, Juso- und Gewerkschaftsversammlungen haben viele Genossen und Kollegen eine ganze Mark bezahlt - was sich im Laufe der Zeit auch zu einer ganz ansehnlichen Summe häuft. VORAN ist auf solche Spenden angewiesen, um in Zukunft noch umfangreicher, regelmäßiger und besser erscheinen zu können. Eine starke sozialistische Zeitung ist in der Arbeiterbewegung dringlicher denn je. JEDER PFENNIG, JEDER GROSCHEN ZÄHLT.

UNTERSTÜTZT VORAN!
SPENDET FÜR VORAN!

POSTSCHECKKONTO ANGELA BANKERT
POSTSCHECKKAMT ESSEN
KONTONUMMER 2422 50 432.

ABONNIERT VORAN

ICH MÖCHTE VORAN ABONNIEREN

und habe DM 7.- auf das Postscheckkonto H.G. Öfinger, Postscheckamt Essen, Nr. 170-20-433 überwiesen. (Abopreis für 6 Ausgaben)

ICH MÖCHTE WEITERES INFORMATIONSMATERIAL

Name: _____

Adresse: _____

Postfach: _____